

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa.
Garnus Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Magistrats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißner, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1580
Circulass Riesa Nr. 52.

Nr. 158.

Dienstag, 10. Juli 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juli 18000.— Mark einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Einrückens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 1000.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 400.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Sozialrentenauszahlung in Gröba

erfolgt Donnerstag, d. 12. Juli 1923, vorm. 8—12 Uhr, im Gemeindevorstand, Zimmer 14, Gröba (Elbe), am 9. Juli 1923.

Die diesjährige Obstnutzung

der Bezirksstraße Riesa-Abberau soll im Auftrage der Amtshauptmannschaft Großenhain verpachtet werden. Schriftliche Angebote sind bis 12. Juli beim Unterzeichneten einzureichen. Die anliegenden Gemeinden werden auf diese Gelegenheit zur Erlangung von Obst für ihre Ortsbewohner besonders hingewiesen. Denning, Oberamtsstrassenmeister.

ist das Baden

Verboten

a. im Wersdorfer Rittergutsteich und
b. in der Elbe unterhalb der hiesigen Sakeneinfahrt.
Zwischenhandlungen werden mit entsprechender Geldstrafe geahndet.
Gröba (Elbe), am 9. Juli 1923.
Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 10. Juli 1923.

Nichtbildervortrag im Hotel Döbner.
Der Gartenbauverein Riesa und der Naturheilverein Gröba hatten den Leiter der Zentralstelle für Kleingartenwesen in Dresden, Herrn Schwilke, zu einem Vortrage über Kleingartenbau gewonnen, der gestern abend vor einer Anzahl Interessenten gehalten wurde. Einleitend behandelte der Redner das Kleingartenwesen im allgemeinen, sowie die Bewirtschaftung von einzelnen Gärten und vor allem die Landwirtschaf, die im Kleingarten eine weniger rationelle Bewirtschaftung der Bodenfläche erblickt. Diese Meinung müsse hinsichtlich werden, wenn der Kleingärtner dem Boden den höchstmöglichen Ertrag abzugewinnen wolle, jedoch sachlich berechnete Einwände nicht mehr vorzubringen werden können. Er (Redner) habe einen Gana durch die Gärten auf dem früheren Gersdorferplatz unternommen und dabei manches gefunden, was nicht für eine rationelle Bewirtschaftung spreche. Die Frage „Wie erzielt ich höchsten Ertrag im Kleingartenbau?“ behandelte der Vortragende eingehend. Er zeigte sich als ausgezeichneter Fachmann und gab beachtenswerte Winke für Bodenbearbeitung, Düngung, Sämerei und Gemüsekult. An der Hand vieler Tafeln, die in Lichtbildern vorgeführt wurden, kamen die Wirkungen der verschiedenen Düngemittel, des Wechselbaues und des bodenständigen Anbaus zur Anschauung. Der weit über zwei Stunden währende Vortrag bot vieles Interessante und Belebende für das Kleingartenwesen, das in den letzten Jahren einen bedeutenden Umfang angenommen hat und zur Hebung der Volkswirtschaft wesentlich beiträgt. Verschiedene Gartenbilder waren am Saaleingange gegen mäßige Preise erhältlich.

Parfingener heute abend. Heute Dienstag abend veranstaltet der Männergesangsverein „Mophon“ mit alten und neuen volkstümlichen und Volksliedern ein Parfingener.

Parfingener morgen Mittwoch. Am Mittwoch, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr singt im Stadtpark (Konzertplatz) der Oberrealschüler eine Anzahl zwei- und vierstimmiger Gesänge. Der Zutritt zum Konzertplatz ist frei.

75. Stiftungsfest des Gewerbevereins. Am Donnerstag dieser Woche wird der hiesige Gewerbeverein im Döbner-Saal sein 75. Stiftungsfest feiern. Interessenten wollen die Einladung im Anzeigenteil vorl. Nr. beachten.

Das 13. Deutsche Turnfest in München hat, wie bereits berichtet, am Sonnabend bei prächtigem Sommerwetter seinen Anfang genommen. Mit diesem Tage legte die sogenannte Vorwoche ein, die in der Hauptphase den Münchner Turnern und der Münchner Bevölkerung vorbehalten ist. Die Hauptfesttage dauern bis zum Sonntag abend bis mit Dienstag sein. Der Deutschen Turnerschaft sind rund 140 Sonderzüge zur Beförderung der Riesenmassen zum Turnfest vom Reichsverkehrsministerium bewilligt worden. Ein solcher Sonderzug verkehrt morgen Mittwoch nachmittag von Riesa aus. Die Abfahrt des Turnzugs, der die Festteilnehmer aus Riesa und der Umgegend nach München bringen wird, erfolgt nachmittag gegen 7/8 Uhr. Wie aus der getriggen Anzeige ersichtlich, marschieren die Teilnehmer nach 3 Uhr von der Turnhalle der Knabenstraße aus nach dem Bahnhof.

Grenzverletzung durch tschechische Offiziere. Der Dresdener Bürgerrat richtet an die sächsische Regierung folgende Anfrage: Am Dienstag, den 3. Juli 1923, vormittags 8.15 Uhr, erschienen auf dem Berge „Die Laufse“ zu Pferd zwei tschechische Offiziere und ein Trompeter. Sie ritten auf der sächsischen Seite ab und ließen die Pferde halten. Alsdann gingen sie in voller Uniform mit Waffen auf die deutsche Seite über, breiteten auf dem Tisch des dort befindlichen Gasthofes Karten aus und machten Einzelzeichnungen. Ist es der sächsischen Regierung bekannt, daß derartige Vorgänge sich in letzter Zeit mehrfach wiederholt haben? Welche Maßnahmen gedenkt die sächsische Regierung gegen diese Grenzverletzungen zu unternehmen? Trifft es weiterhin zu, daß außer an der sächsischen Grenze in der Jitauer Gegend auch an der übrigen sächsischen Grenze Truppenansammlungen beobachtet worden sind? Die Bevölkerung der Grenzgebiete ist in Sorge, daß wir vor einer Befreiung durch tschechische Truppen stehen, wamentlich da das Gerücht geht, daß die tschechische Regierung die Differenzen mit Ungarn, die sie bisher von einem solchen Schritt abgehalten hätten, in der letzten Zeit beseitigt habe. Welche Maßnahmen gedenkt die sächsische Regierung zu unternehmen, um die sächsischen Grenzländer davon zu schützen, ein zweites Ansbachgebiet zu werden?

Opfer der Elbe. Aus Dresden wird berichtet: Raum hat die warme Witterung das Baden in der Elbe gestattet, so kommen auch die Meldungen von Unglücksfällen durch Ertrinken, veranlaßt durch Unkenntnis des Schwimmens, Überanstrengung usw. So erkrankt am Sonntag in der Nähe der Carolabrücke ein im hiesigen Gute an der Bergstraße beschäftigter 19 Jahre alter Wirtschaftsgeselle, dessen Leiche noch nicht geborgen werden konnte. An der Niederwarthener Brücke ertrank ein in

Coffeabaude wohnhafter 20 Jahre alter Bahnarbeiter, der ebenfalls abgetrieben ist. In Kleinschadow sind am Sonnabend abend zwei 20 bzw. 18 Jahre alte Arbeiter aus Niederelblich in der freien Elbe ertrunken. Der ältere von beiden war von dem Jüngerer, der des Schwimmens unkundig war, mit in die Tiefe gezogen worden.

Winke für den Reiseverkehr. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Dresden schreibt: Es wird empfohlen, bereits am Tage vor der Abreise die Fahrkarten zu lösen und das Gepäck aufzugeben. Die Gepäckstücke sind fest zu verpacken und gut zu verschließen. Jedes Stück muß die genaue und dauerhafte befestigte Anschrift des Reisenden sowie die Namen der Aufgabe- und der Bestimmungsorte tragen, am besten unter Verwendung der am Gepäckstücker käuflich erhältlichen Vorbrude. Die Anschrift ist möglichst an der Titelseite anzubringen. Auch empfiehlt es sich, einen Zettel mit den gleichen Angaben in das Gepäckstück selbst zu legen, damit der Eigentümer nötigenfalls schneller gefunden werden kann. Alle Besetzungen müssen sorgfältig entfernt sein. Alte Besetzungen müssen durch Begahlung einer geringen Gebühr am Gepäckhalter zu verwechseln, da die Haftpflicht der Eisenbahn beschränkt ist. Wer innerhalb vier Tagen die Rückreise ausführen will, löse gleichzeitig mit der Fahrkarte zur Einfahrt eine solche zur Rückfahrt. Hierdurch wird das Warten am Fahrkartenschalter bei der Rückfahrt erspart.

Aus den Landtagsausschüssen. Der Haushaltsausschuß A beriet eine Eingabe der deutschen Hauswirtschaftsvereine um Uebernahme einer staatlichen Haushaltsverwaltung. Die abgelehnt wurde. Ein demokratischer Antrag auf Erlass einer einseitigen Richtlinie für die Festlegung der Größe der selbständigen Altersnahrung gemäß des § 1 des Reichs-Hauswirtschaftsgesetzes wurde gegen die Demokratie ebenfalls abgelehnt, da die vom sächsischen Wirtschaftsministerium unter dem 11. August 1919 für die Durchführung des Reichs-Hauswirtschaftsgesetzes erlassenen Richtlinien dem bereits Rechnung tragen. Soweit der Antrag den Ausbau der Nachschubämter betrifft, fand er einstimmige Annahme. Der Antrag des Dr. Wülfingischen Delegation in Aus durch den Staat ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen und eines Teiles der Sozialdemokraten abgelehnt.

Größenbahn. Dem Bürgermeister sind von Freunden des Waldentalwerkes A. G. 5 Millionen Mark für die Erwerbslosenfürsorge und 5 Millionen Mark für die städtische Volkshäuser überwiesen worden.

Dschak. Der Landbund Dschak veranstaltete am Sonntag auf dem Hofe der Gadegastischen Kaserne eine Pferdeschau, verbunden mit Vorträgen im Fahren und Reiten. Die Veranstaltungen begannen nachmittags 1/2 Uhr und verliefen in folgender Reihenfolge: Bestreitigkeitsprüfung; Quadrille des Stauditzer Reitervereins; Wappensprüfung für schwere Pferde als Ein- und Zweispänner; dabei Vorführung von Pferdewaisen an der Hand; Eignungsprüfung für Reitpferde; Dressurprüfung für Reitpferde; Eignungsprüfung für Damenpferde; Jagdsportarten Klasse A und B; Eignungsprüfung für Baugpferde, als Ein- und Zweispänner, für Landens und Mehrspänner. Man gewann bei allen Vorführungen einen guten Einblick in die Verhältnisse unserer heimischen Pferdezucht. Tiere in allen Altersstufen, Ängere, junge und volljährige Pferde, Stuten mit Fohlen waren zu sehen, sämtlich im Zustande guter Ernährung. Reit- und Jagttiere in prächtigen Exemplaren wurden vorgeführt und gezeigt, daß die Dressur zu Reit- und Jagtzwecken mit Erfolg betrieben wird. Insbesondere verdienen die Vorträge, die Reitkünste einiger Damen, die Quadrille des Reitervereins Stauditz und verschiedene elegante Ausführungen hervorgehoben zu werden. Da das Reit- und Fahrturnier von schönem Wetter begünstigt war, hatte die Veranstaltung vielen Zuschauer, besonders vom Lande, an sich gelockt.

Größenbahn. Ein schwerer Unglücksfall hat die am Gutsberge eine Villa besitzende Familie des Oberpostsekretärs Jögenberg betroffen. Die Familie war im Begriff, einen Spaziergang nach Cöbin zu unternehmen. Auf ein Klingeln an der Haustür eilte die einzige 18jährige Tochter auf den über der Tür befindlichen Balkon, um nachzusehen. Hierbei mag sie sich zu weit über das Geländer gebeugt haben; sie stürzte ab und war sofort tot.

Waldenburg. Am 11. August d. J. begeht die Stadt das 450jährige Rathausjubiläum in Form einer Feiertagsfahrt, verbunden mit einem Marktfeiern. Im Jahre 1473 kaufte die Stadt ihr erstes Rathaus am Markte, an dessen Stelle sie 1528 einen Neubau errichtete.

Glauchau. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, in dem Wäcker der Wach- und Schleiferei den Dieb zu ermitteln, der in der letzten Zeit eine Reihe Diebstähle bei Glauchauer Firmen begangen hat. Bei einer Hausdurchsuchung wurden verschiedene Stoffe, die gestohlen wurden, vorgefunden.

Blauen. Einen gräßlichen Tod fand am Sonntag nachmittag gegen 1/4 Uhr der in Sachwitz wohnende, in Kreis Nationaler Kongreßer Nordbörser, der in den 20er Jahren stehende Mann befand sich von früh 8 bis mittags 2 Uhr im Dienst. Auf dem Heimweg sah er sich an der

harten Kurve gegenüber der chemischen Fabrik Döbau auf die Schienen, um den in der Elbe Badenenden auszuweichen. Anfolge der Hitze scheint der Mann erschlagen zu sein. Als nun der Zug 281 heranbraute, konnte sich der Unglückselige nicht mehr rasch genug von den Schienen entfernen. Er wurde von Arme erfasst und unter die Räder des Zuges gezogen. Dabei wurde der Bedauernswerte, der als äußerst gewissenhafter Beamter galt, vermerkt. Die Leiche wurde nach Sachwitz gebracht. Ein tragisches Geschick verfolgte die Familie des so jäh Verstorbenen, in dem schon sein Vater vor reichlich einem Jahrzehnt ebenfalls — und zwar in Greiz — von einem Eisenbahnzug überfahren wurde. Für einen Bruder des Verunglückten ist der Unglücksfall ein betrüblicher Abschluß seines Lebens in der alten Heimat. Der Verstorbene weilt gegenwärtig aus Amerika in Sachwitz. — In vordringender Nacht gegen 3 Uhr hat sich ein 19 Jahre alter Memorerhilfe von hier auf der Schillerbrücke von einem Güterzug überfahren lassen. Dem Lebensmüden, dessen Leiche polizeilich aufgehoben wurde, war der Kopf zerplatzt und die Arme vom Rumpfe getrennt worden, so daß der Tod sofort eintrat. Ueber die Ursache des ganigen Selbstmordes steht noch nichts Bestimmtes fest. Der Tote wurde früh in der vierten Stunde vom Personal eines vorüberfahrenden Güterzuges wahrgenommen.

Wursen. Beim Baden in der freien Mulde ist ein etwa 20 Jahre alter junger Mann namens Platz unterhalb der Schleimauer ertrunken. Mannschaften des Rudervereins „Saxonia“ machten sich sofort daran, nach dem Leichnam zu forschen, doch konnte der Ertrunkene nicht gefunden werden.

Erhöhung des Eisenbahntarifs voraussichtlich am 1. August.

Am 18. Juli tritt der Reichseisenbahnrat zusammen, um über die Notwendigkeit neuer Tarifveränderungen zu beraten. Die Höhe der neuen Tarife wird kurz vor der Tagung nach den bis dahin eingetretene Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Kohlenpreise errechnet. Obgleich man aus diesem Grunde noch keine bestimmten Siffern nennen kann, so heißt es doch, daß die Erhöhung etwa 100% betragen dürfte. Sie soll am 1. August in Kraft treten.

Sächsischer Landtag.

Polizei- und Beamtenfragen.

St. Dresden, 9. Juli 1923.

Die umfangreiche Tagesordnung der 51. Sitzung weist eine ganze Reihe wichtiger Staatskapitel und Gesetzesvorlagen auf. Bei Kapitel 42 Abs. 2 (Ministerium des Innern) befaßt sich der Berichterstatter Abg. Schirch (Soz.) darüber, daß in einzelnen Amtshauptmannschaften noch nicht dem Beschlusse des Landtages nachgekommen wurde, Arbeiter als Kontrolleure nachzuheben. — Abg. Rood (D. Sp.) bemerkt hierzu, die Bauartigkeit betrage nur die Hälfte der von 1913; trotzdem sei die Kontrolle wesentlich erweitert worden. — Die Einzelungen werden bewilligt. Das Gehalt des Ministers des Innern wird gegen die Stimmen der drei bürgerlichen Parteien genehmigt.

Es folgt die Beratung über Kapitel 43 Abt. 1. Berichterstatter Abg. Schirch (Soz.) teilt mit, daß die Arbeit im Arbeitsministerium derart groß geworden sei, daß mit dem vorhandenen Beamtenpersonal nicht auszukommen sei.

Abg. Elrod (Kom.) begründet folgenden Entschlussesantrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, vom Reiche eine Verordnung zu erwirken, die folgendes bestimmt: die Unternehmer, die durch Entlassung von Arbeitern entlassene Arbeiter wieder einzustellen und ihnen den ausgefallenen Lohn auszuzahlen, sind verpflichtet, den Nachzahlungen die zurzeit geltenden Lohnsätze zugrunde zu legen.

Abg. Voigt (D. Sp.) erklärt, seine Partei werde für die Begründung von neuen Hilfsarbeiterstellen stimmen.

Die Einstellungen werden bewilligt, das Gehalt des Arbeitsministers gegen die bürgerlichen Stimmen genehmigt, der kommunistische Antrag angenommen.

Bei Kapitel 43, Kreis- und Amtshauptmannschaften, verlangt Abg. Böttcher (Kom.) eine energische Erneuerung im Apparat der Verwaltungsbeamten. Die neuernannten sozialdemokratischen Kreis- und Amtshauptleute hätten fast durchgängig verlangt, es würden auch von ihnen noch die Maschinen mit dem alten monarchischen Dele geschminkt. Bebaute Klagen führt Redner besonders über den Leipziger Kreisamtspräsidenten Lange. Er habe in der Erfüllung seiner Pflichten gegenüber der Regierungspolitik vollständig versagt. Veräume es die Regierung, gegen solche Leute der sozialdemokratischen Partei vorzugehen, dann werde sich die Arbeiterchaft selbst helfen. — Das Kapitel wird entlorend den Einstellungen

Ueber Kap. 47. Verharmlichungsakt, Kap. 47a, Kriminalpolizei, Kap. 47b, Landespolizei, Kap. 48, Polizeiamtler und Kap. 49, Sonstige Zweige der Sicherheitspolizei, sowie über den kommunikativen Antrag, betr. die Angliederung von Arbeiter-Organisationen an die Landespolizei, berichtet Abg. Franz (Soz.). Er beantragt Genehmigung der Einstellungen mit wenigen Änderungen und den kommunikativen Antrag durch Regierungsmassnahmen für erledigt zu erklären. Für seine Partei beantragt Redner, die Titel Polizeikommissar und Polizeihauptmann durch Polizeikommissar und Inspektor zu ersetzen, damit auch durch den Titel zum Ausdruck komme, daß die Polizei eine Volkseinrichtung sei.

Abg. Boller (Dn.) bemängelt, daß der Minister nicht anwesend sei, wenn solche wichtige Dinge seines Ressorts behandelt würden. Ablehnen werde seine Partei den Antrag, den Kommisaren im Nachrichtendienst die Staatsdienereigenschaft zu verleihe, weil sie noch nicht lange genug im Dienste seien. Ablehnen werde seine Partei auch die geforderten 1 Milliarde Mark „für aussergewöhnliche vorübergehende Polizeimassnahmen“. Redner interpelliert sodann den Minister wegen der Kalkulation der Polizeihauptstellen und des Ansehens. Es sei bedauerlich für die „ehrenwerte“ Gefinnung und den Mut des Ministers Liebmann, daß er hier im Landtag Beamte anschaufte, ohne den Beweis der Wahrheit dafür erbringen zu können. Eine solche Handlung des Ministers ist nicht nur eine ungerade Behandlung der Beamten, sondern sie grenzt an eine Rücksichtslosigkeit, die nicht nur eine Verletzung der dem Minister aufgebundenen Verantwortlichkeit darstellt, sondern auch eine Verletzung der öffentlichen Moral. Wenn dem Minister Liebmann der gesellschaftliche Takt abgeht, Beamten zu behandeln, so sollte er sich doch wenigstens auf den Rechtsboden stellen. Die dem Minister direkt unterstellten Beamten scheinen auf demselben gesellschaftlichen Niveau wie der Minister zu stehen. Der präsidierende kommunikativen Abg. Heberich unterbricht den Redner mit der Mahnung: Ich bitte, berartige Dinge zu unterlassen. Das geht doch zu weit! Weiterkeit! Es ist sehr interessant, daß gerade der gegenwärtige Präsident eine berartige Mahnung an mich ergehen läßt. (Bestimmung.) Redner wendet sich dann gegen die aufsehenerregende Beförderung bzw. Berufung der Herren Kneisch und Schöninger und bemerkt zum Schluß: Herr Liebmann ist nicht der Mann, der geeignet wäre, der Polizei vorzusehen zu können.

Abg. Kerner (Kom.) erklärt, die Regierung hätte ihre Pflicht vernachlässigt, wenn sie die beiden provokatorisch aufgetretenen Polizeioffiziere nicht sofort entsetzt hätte. Die Ernennung des Leipziger Polizeipräsidenten Kneisch sei ein Mißgriff. Auch seine Partei werde gegen die Beförderung der 1-Milliarden für aussergewöhnliche vorübergehende Polizeimassnahmen stimmen, weil man ja nicht wissen könne, wie lange die gegenwärtige Regierung noch am Ruder sei. (Zuruf: Und das sagen Sie? Weiterkeit.) In den Abmachungen zur Regierungsbildung sei erklärt worden, daß die Regierung den Kampf gegen die Reaktion führen wolle, aber dort, wo die Gelegenheit zur Mobilisierung dieses Kampfes gegeben war, habe die Regierung versagt. Wenn solche Massnahmen weiter vor sich gehen, wird der Bestand der Regierung ja länger ernstlich gefährdet. (Zuruf: Abg. Schwarz (Soz.) ruft: das ist wohl der Zweck der Redung?) Nein, wir wollen nur das Protestat auf diese Dinge aufmerksam machen! Redner verteidigt dann den kommunikativen Antrag auf Angliederung von Arbeiter-Organisationen an die Landespolizei.

Minister des Innern Liebmann:

Ich nehme an, daß die letzte Mahnung des Vorredners an die Regierung Zeigner wohl mehr an die Deffenlichkeit in Bezug auf das Zusammenarbeiten der Regierungsparteien gerichtet war, als an die Regierung selbst. Auf mich kann die Mahnung keinen Eindruck machen. Die Regierung wird alles tun, was notwendig ist, um die Polizei zu einem brauchbaren Instrumente zur Erhaltung der Republik zu machen. Ueber die Leipziger Verhältnisse wird eine objektive Untersuchung stattfinden; das kann aber nicht eher geschehen, wenn die Kommunisten das verlangte Material nicht zustellen. Dem Abg. Boller erwidert der Minister, er wüßte gar nicht das Vertrauen dieses Herrn. Wenn Herr Boller einen Mann kritisiert, so sei das ein Mißgriff, daß dieser Mann brauchbar sei und bedürftig werden müsse. Die beiden Polizeioffiziere seien wegen großer Disziplinlosigkeit suspendiert worden. (Abg. Boller: Sie scheinen die Sache nicht ernst zu nehmen!) So viel Ehre werde ich Ihnen nicht antun. Sie ernst zu nehmen. Im übrigen können Sie mir ... (Unruhe.)

Abg. Schiffmann (D. Vp.): Nach der letzten gehörten Rede eines Ministers versichere ich aus Wort.

Abg. Müller-Lewitz (Soz.): Ich bedauere, daß auf die unverkennbare Provokation der Regierung durch den Abg. Kerner vom Minister nicht eine ordentliche Antwort gegeben worden ist. Es entsteht eine große Erregung im Saale, es bilden sich Gruppen, eine besonders lebhaft Auseinandersetzung findet zwischen den beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Hagen-Beitzig und Wente-Dresden statt. Wenn Sie (zu den Kommunisten) die Absicht haben, die Regierung zu stürzen, dann tragen Sie die Verantwortung! Wenn Sie glauben, Sie könnten einen Eindruck erzielen, wenn sie der Regierung drohen, dann sind Sie auf dem falschen Wege! Ich erwarte, daß die Regierung den Leipziger Polizeipräsidenten nicht absetzt.

Minister Liebmann: Ich bin erstaunt, wie der Abg. Müller eine solche Rede halten kann, als wenn ich den Polizeipräsidenten ohne Beweise hätte fallen lassen. Die Angriffe gegen den Reichshauptmann Lange habe ich nicht gehört.

Abg. Boller (Dn.) erklärt, es sei beschämend, daß im Polizeioffizier auf die Beschwerde eines Unterbeamten hin entlassen werde.

Abg. Heberich (Kom.): Die Aufregung Müllers ist begreiflich, denn die Situation, in der sich die Führer der SPD-Organisation in Leipzig befinden, sei keine behebende. Das Verhalten dieser Führer müsse dazu führen, daß die Regierung Zeigner von der Rechte der SPD gestützt werde. Wir leben es ab, ein Anhängel der sozialdemokratischen Partei zu werden und weil wir die Regierung unterstützen, dieselbe Vertreterpolitik zu treiben, wie es die SPD in Leipzig getan hat.

Abg. Müller-Lewitz (Soz.): Und wir betreten und noch entschiedener dagegen, ein Anhängel der kommunistischen Partei zu werden. — Die Untertage des Ausschusses finden Annahme.

Die Vorlage, betr. Bewilligung von Mitteln zur Anschaffung von Lebensmitteln zwecks Fortführung der erweiterten Schulförderstellung in der Annahme und soll in Kap. 48, Wohlfahrtspflege usw., eingearbeitet werden.

Bei Kap. 73, Finanzministerium, verlangt Abg. Heberich (Kom.) die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses unter Umgehung der bisherigen Parteien für die Staatsbetriebe. (Zuruf: Das ist Demokratie!) Sie können von und keinen Anspruch auf Demokratie erheben.

Die Einstellungen werden bewilligt. Gegen das Gehalt des Finanzministers stimmen die bürgerlichen Parteien.

Es folgt der Bericht des Rechtsausschusses über den Besetzungswahl betr. die Richter der Beamten und Lehrer und über Abänderung des Dienstvertrages vor der Zustimmung verlassene sämtliche bürgerlichen Abgeordneten den Saal.

Abg. Dr. Raifer bemerkt die Beschlußfähigkeit des Saales. — Vizepräsident Dr. Banger läßt nach längerem

Heftiger Dollarkurs (amtlich): 180 907 Mk.

Auseinanderlegungen mit der Linken zu, daß der bürgerliche Antrag als unzulässig bezeichnet wird, weil ihm der neben ihm sitzende Präsident Müller gestimmt hat, es seien 40 Abgeordnete anwesend, während tatsächlich nur 46 Abgeordnete im Saal waren.

Das Haus tritt in die Abstimmung ein. Die sozialdemokratischen Anträge werden angenommen, ebenso das ganze Gesetz.

Abg. Dr. Raifer (Dn.), der wieder im Saale erschienen ist, stellt nochmals den Antrag auf Beschlußfähigkeit des Hauses, und obgleich nur 46 Abgeordnete anwesend sind, wird der Antrag abgelehnt. Die Beschlußfähigkeit findet bei der dritten Lesung statt.

Ein Besetzungswahl über die Aufbringung der Kosten bei Zusammenlegung von Grundstücken (Moggenwährung) wird angenommen.

Bei dem Besetzungswahl über eine Amnestie für Not- und Notwendigkeitsdelikte hatte der Rechtsausschuss Annahme des Entwurfes empfohlen. Von bürgerlicher Seite liegen zahlreiche Abänderungsanträge vor.

Abg. Dr. Banger (Dn.) begründet die Minderheitsanträge, die auf Einzelbeantragung hinauslaufen und nur Delikte betreffen. Die bürgerliche Seite solle an der größten Verbrecher amnestiert und die gewerkschaftlichen Verbrecher straflos bleiben, die sonst überall schweren Strafbüchsen verfallen.

Von sozialdemokratischer Seite wird ein Antrag auf Vertagung eingebracht. Darauf wird die Sitzung gegen 1/8 Uhr abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag, nachmittags 1 Uhr: Fortsetzung der Ausbreitung, Besetzungswahl über die Gemeindeverfassung.

Landesausschuss der Demokratischen Partei Sachsens.

Unter harter Beteiligung tagte am Sonnabend in Dresden der Landesausschuss der D. P. Sachsens im Sitzungssaal des Landtags unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Müllers. Aus allen Teilen des Landes waren Vertreter anwesend, namentlich waren die demokratischen Frauen sehr stark vertreten. Nach Erledigung verschiedener innerer Parteiangelegenheiten sprach Frau Stadtratsordnete Lasse-Wurzen über Frauenfragen und Frauenforderungen. Nach kurzer Ansprache, an der der Vorsitzende, Frau v. Körber usw. teilnahmen, wurden einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

Der Parteiausschuss hält es für unerlässlich, daß bei Aufstellung von Kandidatenlisten in den Wahlkreisverbänden auch Frauenkandidaturen an ausführender Stelle beschlossen werden. Der Parteivorstand ist verpflichtet, nötigenfalls im Rahmen der Landesplanung auf die Wahlkreisverbände nach dieser Richtung hin einzuwirken.

Der Landesausschuss beauftragt den Parteivorstand, bei den nächsten Wahlen sich ausdrücklich für die Aufstellung einer Frau an zweiter Stelle in einem der drei Wahlkreise einzusetzen, wenn die Frauen aller drei Kreise sich auf diese Frau einigen.

Anstelle der durch die Reichstagsverhandlungen verhinderten Reichsminister a. D. Abg. Dr. Koch und Dr. Göttsch sprach Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Dr. Müllers sehr scharf über die innen- und außenpolitische Lage des Reiches. Er führte aus: Die gegenwärtige Lage läßt sich konstatieren, sondern nur stillen. Trend etwas drängt zu einer Entscheidung von weittragender Bedeutung. Wohin sie drängt, wissen wir nicht. So wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen, das Gefühl haben wir alle. Der Welt erkennt jetzt genau, um was es sich handelt. Er weiß, daß ein Großfrankreich seine Lebensnerven unterbindet. Ein eine politische Hegemonie führendes Frankreich gefährdet Englands Großmachtstellung in Europa, ja sogar in der ganzen Welt. Der Franzose weiß, daß es sich jetzt um den letzten Versuch handelt, die alten ursprünglichen Kriegsziele doch noch zu erreichen. Es fragt sich, ob wir erkennen, um was es sich handelt! Jetzt gehts wirklich um Sein oder Nichtsein. Ein zweites Mal kann Deutschland eine solche Krampfprobe nicht wieder leisten. Jetzt muß das Reparationsproblem endlich und endgültig geregelt werden. Das ist das Hauptziel beim Ruhrproblem. Die deutsche Frage hat sich zu einem englisch-französischen Problem ausgewachsen. Für die deutsche Politik im Innern ergibt sich die Notwendigkeit, alle Demagogen zu beseitigen, die sich der Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet und im Hinterland entgegenstellen. Sehr düster sehe ich die Lage in Sachsen an. Ich gestehe Dr. Zeigner durchaus ehrbare Motive bei seiner Planter Rede zu: die Absicht, die Wahrheit zu suchen. Er muß sich aber Rechenschaft geben, ob der Ort und die Form seiner Rede richtig waren, ob er sich nicht in Widerspruch gesetzt hat mit der Mehrheit des Volkes, mit der Reichsregierung und mit den Interessen des deutschen Volkes. In all diesen Beziehungen hat Dr. Zeigner gefehlt! Seine Rede verkörpert für mich den Gipfel der Verantwortungslosigkeit. Ich bedauere, daß gerade Sachsen der Welt ein solches Schauspiel bietet. Wenn man so vorgeht, wie Dr. Zeigner in Sachsen, oder wie gewisse Kreise in Wapern, wird man der Republik nie Freunde gewinnen. Gerade in diesen beiden extremen Ländern hat die Demokratische Partei eine besondere Mission. Sie muß das Interesse des Reiches, der Republik wahren. Die Regierungsaufsicht muß überall auf eine Grundlage aller Parteien gestellt werden, die für den bestehenden Staat eintreten. Der jetzige Wirtmar — im Weiche eine Minderheitsregierung, in Wapern die große Koalition, in Wapern eine Reichsregierung, in Sachsen eine linksradikale Herrschaft — muß aufhören. Wir brauchen keine Gefinnungsgemeinschaft, wohl aber eine Arbeitsgemeinschaft.

Nach Annahme einer Entschlüsse, die die Landtagsfraktion beauftragt, gegen die Benachteiligung der Aufnahme von Mädchen in den höheren Schulen Stellung zu nehmen und Aufnahme je nach Verählung zu verlangen, wurde die Tagung geschlossen.

Sächsischer Erzieherbund.

Der Landesvorstand des Sächsischen Erzieherbundes hielt am Sonntag, 1. Juli, im „Vadegarten“, Zwidau, eine Sitzung ab, zu der Vertreter aller Ortsgruppen anwesend waren. Den Auftakt dazu boten die in dankenswerter Unterstützung gekommenen gekatteten Einfahrten in mehrere Bergwerke und der Besuch der Papierfabrik in Grossen Tiefs. Unverrückliche Eindrücke waren es, den Bergmann bei seiner unermüdeten Arbeit, von tauben Gefahren rings umlaurenden Arbeit zu beobachten, und Staunen und Hochachtung vor dem schöpferischen Geist des deutschen Unternehmers erzwangen die gewaltigen Anlagen der Firma Leonhardt, Grossen. Ein prägnantes Beisammensein vereinte am Abend Götze und Mitglieder der Ortsgruppe Zwidau im Gasthaus Pöngler zu köstlichen Stunden.

In der Vorstandssitzung am Sonntag vormittag sprach der Bundesvorsitzende, Lehrer Müllers, Dresden, über „Die schulpolitische Lage und die Elternbewegung“, etwa folgenden ausführend: Wir stehen im Zeitalter der Massen. Mehr und mehr wenden wir uns vom Rechtsstaat zum Rechtsstaat. Auf das Massen- und Machtprinzip ist das Gemeindeformgesetz gegründet, das die Eltern soll sich auswirken

auf das Berufsbeamtenum. Daraus droht Politisierung und politische Zerlegung. In Gehmheit lagte Ministerpräsident Zeigner, die Zusammenlegung des Beamtenkörpers muß die politische Struktur des Staates widerwärtig. Man braucht gegenwärtig also sozialistische Beamte und schafft sie durch „Druck auf den Magen“ und gewerkschaftliche Knebelung. — Das Massen- und Machtprinzip soll sich auch durchsetzen im Schulwesen. Bezeichnend sind die Worte des Berliner Stadtschulrats Herrmann: „Das Schulproblem ist lediglich aus der Wirtschaftform heraus zu lösen. Die neue Schule muß die Schule der Klasse, des Proletariats werden.“ In ihr werden die Ideen des Klassenkampfes und der Gemeinwirtschaft eine Rolle spielen. Wenn die „Sächs. Schulzeitung“ in ihrer Nummer vom 18. Juni d. J. das Wort bringt: „Es muß frei herausgesagt werden: Jeder Mensch, der mehr liebt, als zu seinem Leben, zum Leben der Seinigen und zur moralischen Entwicklung seiner Begabung nötig ist, ist ein Dieb“, so bezeugt diese Tatsache schlagartig den inneren Kern der weltlichen Schule. Eine Schule aber, die auf dem Gedanken des Klassenkampfes ruht, kann keine Einheitschule sein! — Wenn die Masse Macht gibt, dann ist es unbedingt nötig, daß sich alle diejenigen fest zusammenschließen, die die christliche Schule erhalten wissen wollen. Schon hat die christliche Elternbewegung gewaltige Fortschritte gemacht. Gradmesser der inneren Beschaffenheit und Stöckkraft, das Bewußt der Elternbewegung sind die Elternratswahlen. Ihr Ausgang war in vielen Orten ein überaus erfreulicher. Und doch genügt es nicht, daß die christliche Elternbewegung organisatorisch gut aufgezogen ist. Es fehlt ihr der große Aufgabenkreis, die Bleibekraft, der ideale Schwung. Sie hat z. B. vollkommen verlagert bei dem Kampf um den Reichsschulgesetzentwurf und muß ihre Macht noch ganz anders zur Geltung bringen! — Das Machtprinzip zeigt sich auch im Entwurf des Gesetzes über die Pflicht der Beamten und Lehrer, dessen Angelpunkte die §§ 1 und 13 sind. § 13 bringt eine bedeutende Ausdehnung des Kreises der politischen Beamten, zu denen künftig auch die Bezirkschulräte gehören werden. Wie die in deren Händen liegende Macht angemessen werden kann, zeigt heute schon eine Anordnung des Dresdener Schulrats Krug, nach welcher innerhalb einer festgelegten Zeit jeder Lehrer seines Bezirkes ihm Rechenschaft darüber ablegen sollte, in welcher Weise er für die weltliche Schule tätig gewesen sei. — Mit einem Ausblick auf die Zukunft schloß der Vortragende seine hervorragenden Ausführungen, die reicher Beifall lohnte. Müllers, Gehmheit, berichtete anschließend über die Tagung des Reichselternbundes in Braunschweig. Oberl. Scharfshmidt, Kadebut, sprach über die gegenwärtige Stellung der Gewerkschaften zueinander und ihr Verhältnis zum Abwehrkampf an Rhein und Ruhr. Nach eingehender Aussprache über Fragen der wirtschaftlichen Sicherstellung der Mitglieder, über Ausbau der Zeitschrift des Bundes und nach Erledigung verschiedener Anträge und Mittelungen schloß der Vorsitzende die überaus interessante und anregende Sitzung.

Vermischtes.

Schweres Automobillunfall. Ein schweres Automobillunfall ereignete sich bei Brunsbüttel. Ein Lastauto, auf dem sich außer dem Chauffeur der Besitzer und zwei weitere Herren sowie zwei Kraben befanden, verlor ein Vorderrad und sauste mit voller Geschwindigkeit in einen Graben. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Einem der Insassen wurde durch eine Stange die Schädeldecke durchbohrt, so daß er sofort tot war, die anderen drei trugen Stichwunden und innere Verletzungen davon, die Kraben blieben unverletzt.

Verdurstet auf hoher See. Furchtbare Qualen und Entbehrungen hatte die Mannschaft des englischen Dampfers „Trevelick“ zu bestehen, der im Indischen Ozean in einem Sturm mitten zwischen Australiens und Kapagaster am 4. Juni unterging. Der Kapitän rettete sich mit seinen Offizieren und Matrosen in zwei Rettungsboote, die im Sturm sofort von einander getrennt wurden. Das erste Boot, auf dem sich Kapitän Goffart befand, landete nach einer Fahrt von 22 Tagen an der Rodriguez-Insel bei Mauritius, und das zweite Boot kam nach 25 Tagen in Bel Ombre im Süden, an Mauritius an. Die Leiden, die die Insassen des zweiten Bootes zu ertragen hatten, überstiegen noch bei weitem die Gefahren, denen das erste Boot ausgesetzt war. Während die Leute im ersten Boot noch mit ihrer Nahrung auskommen waren, obwohl sie nur sehr knappe Rationen verteilen konnten, waren die Vorräte der anderen völlig erschöpft. Viele Tage hindurch bestand ihre Tagesration aus einem einzigen Zwieback pro Mann und ein paar Tropfen frischen Wassers, die sie während eines Regens gesammelt hatten. Einige der Männer konnten es vor Durst nicht mehr aushalten und tranken das Seewasser, wodurch ihre Qualen nur noch vermehrt wurden. Sie verdursteten acht Leute in dem Boot; der letzte hauchte sein Leben aus im Angesicht des Landes am Morgen der Rettung. Das Boot wurde von einem Fischer um 4 Uhr morgens gefischt, der es dann an Land brachte. Nach der Rettung fielen die 16 Männer auf ihre Knie und dankten Gott. Ein genauerer Bericht liegt über die Abenteuer des ersten Bootes vor. Da durch den Sturm der obere Teil des Mastes fortgerissen worden war und auch das Steuer beschädigt wurde, so konnten sie sich nur mit einem Hisssegel mühsam fortbewegen. Die Mannschaft erhielt in der heftigsten Tageszeit um 2 Uhr nachmittags ein wenig Wasser, das man durch Regenfall geborgen hatte, um 8 Uhr abends etwas Milch und Zwieback und um 4 Uhr morgens etwas Milch. Am 20. Juni, nachdem sie 16 Tage unterwegs waren, stieß der Heizer Jakob All, und die Leiche wurde über Bord geworfen; am nächsten Tage erlitt daselbstes Tod den Heizer Maxim Raji. Am Morgen des 25. Juni, am Tage der Rettung, überflutete eine Sturzflut das ganze Boot und stülzte es so mit Wasser, daß sie glaubten, ihr letztes Stündlein sei herangerufen. Alle waren im Zustand völliger Erschöpfung, und keiner hätte schwimmen können. Um 1/2 Uhr mittags wurde Land gefischt. Alle mußten aus dem Boot gehoben werden, da ihre Beine geschwollen waren, weil sie Tag und Nacht in gekrümmter Stellung hatten sitzen müssen, so eng war es im Boot. Da sie viele Zigaretten und Tabak, auch Streichhölzer mitbrachten, so hielten sie sich durch Rauchen bei guter Laune. Sie verbrauchten in den 22 Tagen 1000 Zigaretten und zwei Pfund Tabak.

Das Schicksal der Kaiser Wilhelms-Atademie. Die Berliner Kaiser Wilhelms-Atademie für ärztlich-physiologische Forschungen, die über vortrefflich ausgestattete Laboratorien und Sammlungen verfügt, sollte ursprünglich in eine Reichsanstalt für medizinische Arbeitsforschung umgewandelt werden. Da die ungünstige Finanzlage des Reiches diesen Ausbau nicht gestattete, so hat man nunmehr, wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenchrift“ mitgeteilt wird, die Akademie in den Bereich des Reichsministeriums des Innern überführt. Die Anstalt wird dem Reichsgesundheitsamt angegliedert, und auf diese Weise bleiben die vortrefflichen Einrichtungen, insbesondere auch die wertvolle medizinische Bibliothek und die einzig bestehende Kriegs- und konstitutions-pathologische Sammlung wenigstens erhalten und können wie bisher für die wissenschaftliche Forschung wie für die Fortbildung der Ärzte nutzbar gemacht werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 10. Juli 1928.

Todeskur des Rennfahrers Romanow.

(Berlin.) Die aus Amsterdam gemeldet wird, ist gestern Abend der Rennfahrer Romanow beim Radrennen getötet und war infolge eines doppelten Schädelbruchs sofort tot.

Nach die Thesenwerke besetzt.

(München.) Sonntag vormittag wurden nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung Teile der Thesenwerke besetzt. Es wurden Tanks und Panzerwagen aufgeführt.

Baldiges Ende der Verkehrsperre.

(Brüssel.) Wie die Interalliierte Rheinlandkommission mitteilt, wird die Verkehrsperre mit Ablauf von vierzehn Tagen Dauer ihr Ende erreichen, so daß von diesem Zeitpunkt ab wieder die Bahnverbindungen in Kraft treten, die vor dem Eintritt der Verkehrsperre galten.

Erneuerung einer internationalen Kommission zur Festlegung der deutschen Zahlungsmittel.

(Paris.) Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“ will bestimmt erklären können, in der gestrigen Sitzung des englischen Kabinetts sei beschlossen worden, eine internationale Kommission zur Festlegung der deutschen Zahlungsmittel zu ernennen. Großbritannien werde die Initiative ergreifen und die alliierten und neutralen Mächte auffordern, Delegierte zu einem Kongreß zu entsenden, der die Lage Deutschlands erwägen und die Entschädigungsansprüche gegen Deutschland festlegen solle. Frankreich werde zur Teilnahme aufgefordert werden; wenn es ablehne, so werde der Kongreß trotzdem zusammentreten. Man hoffe indes, daß die Franzosen die Teilnahme an der Konferenz der vollständigen Isolierung vorziehen werden. Nach dem gegenwärtigen Plan würden die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, den Vorsitzenden zu ernennen. Sollte die amerikanische Regierung die Teilnahme ablehnen, so würden die Mächte vielleicht einen hervorragenden amerikanischen Juristen mit dem Vorhitz betrauen. In diesem Zusammenhang würden die Obersten Richter in den Vereinigten Staaten Laßt und Chief Justice genannt. Es werde erwartet, daß Italien und die kleine Entente sich dem Vorgehen Englands anschließen werden.

Der deutsche Botschafter bei Lord Curzon.

(London.) Lord Curzon empfing gestern Nachmittag den deutschen Botschafter Dr. Schamer im Audienzsaal des Außenministeriums.

Die Verordnung über Wuchergerichte.

Der Reichsrat beschloß gestern mit einer Vorlage, die die bestehenden Verordnungen zur Bekämpfung des Wuchers und der Preistreiber auf Grund des Notstandgesetzes zusammenfaßt. Die Verordnung über Wuchergerichte, deren Bestimmungen dem bisher geltenden Rechte entsprechen, wurde angenommen. Nach Schluß der Bestimmungen erklärte der Regierungsvertreter, die Beschlüsse des Reichsrats, nach denen die Festsetzung einer Marktnote nicht nur durch den Reichswirtschaftsminister geschehen solle, sondern auch die Landesregierungen mitwirken könnten, seien für die Reichsregierung unannehmbar. Auf Antrag des Reichswirtschaftsministers wurde der über die Preistreiberverordnung gefasste Beschluß umgehoben und diese Verordnung nochmals an den Ausschuß verwiesen.

Volkswirtschaftliches.

Erhöhung der Kohlenpreise.

In der gestrigen gemeinsamen Sitzung der Mitgliederversammlung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurden mit Wirkung ab 9. Juli d. J. die Kohlenpreise für die besetzten Bergbauereie um 58,12 Prozent, für alle übrigen Bergbauereie um 50 Prozent erhöht, nachdem vom gleichen Tage die Bergarbeiterlöhne die gleiche Erhöhung erfahren haben. Außerdem wurde beschlossen, den Beitrag für den Bau von Bergarbeiterwohnungen in allen Revieren um 50 Prozent zu erhöhen. Aus diesen Beschlüssen ergibt sich für Ruhrkohle ein Verkaufspreis von 885 000 Mark.

4,3 Milliarden Mark neue Noten.

Die Inanspruchnahme der Reichsbank, die sich angesichts des Halbjahreswechsels bereits in den Vormonaten beträchtlich verschärft hatte, zeigt, in der letzten Finanzwoche eine neue beschleunigte Steigerung. Nach dem Bankausweis vom 30. Juni wuchs die gesamte Kapitalanlage um nicht weniger als 8527,4 Milliarden Mark auf 26 441,8 Milliarden Mark, sie hat sich innerhalb der letzten vier Wochen mehr als verdoppelt. Im einzelnen liegen die Bestände an diskontierten Reichsbankanweisungen in der Berichtswochen um 5440 Milliarden auf 18 338,2 Milliarden Mark, die Besondere Bestände um 1000,4 auf 6914,2 Milliarden Mark und die Lombardforderungen um 86,8 auf 188,5 Milliarden Mark. Auf der anderen Seite erfuhren die fremden Gelder der Bank eine Zunahme um 2588,8 auf 9652,7 Milliarden Mark. Der von der Bank zu befreibende Bedarf an Zahlungsmitteln zeigte nie zuvor erreichte Ziffern. Der Banknotenumsatz schwankte nämlich 4190,3 auf 17 291,1 Milliarden Mark an. Der Umlauf an Darlehensschuldscheinen änderte sich unmerklich; er belief sich am Monatsanfang nach einem Rückgang um 17 Millionen Mark auf 12,2 Milliarden Mark. Auf den im Auslande hinterlegten Teil des Goldbestandes der Bank wurde ein neues Darlehen in Höhe von 40 Millionen Goldmark aufgenommen; das Golddepot, soweit es unbelastet ist, verminderte sich damit auf 140 Millionen Goldmark. Der Goldbestand der Reichsbank blieb unverändert. Die Bestände an Münzen aus unedlem Metall vermehrten sich um 0,4 Milliarden auf 19,2 Milliarden Mark. Die Darlehensschulden des Reichs wurden in der Berichtswochen mit 489,9 Milliarden Mark neu in Anspruch genommen; demgemäß erhöhte sich der Darlehensbestand auf 2879,2 Milliarden Mark. Da die Darlehensschulden eines dieser Zunahme entsprechenden Betrag an Darlehensschuldscheinen an die Reichsbank abblieben, sind die Bestände der Bank an solchen Scheinen auf 2886,8 Milliarden Mark geblieben.

Eröffnung des Funtverkehrs.

Zwischen Deutschland und Ägypten, Palästina, Syrien, Mesopotamien, Ertrien und Somalia ist der Funtverkehr eröffnet worden. Die Telegrammgebühren sind niedriger als die entsprechenden Kabelgebühren.

Verbesserung im Zollzahlungsverfahren.

Der Verband deutscher Industrieller ist bei dem Reichsfinanzministerium wiederholt wegen der vor einiger Zeit eingeführten Bestimmungen über die Zahlung der Zölle zu dem am Tage der Zahlung geltenden Aufgeldbetrage vorgegangen. Es hatte sich wiederholt herausgestellt, daß die Zahlungen infolge Verzögerung bei der Ueberwindung des Geldbetrages durch die Post oder bei der Ueberweisung erst bei der ankommenden Zollkassierung eingingen, nachdem ein höherer Aufgeldbetrag in Kraft getreten ist. Ähnliche Schwierigkeiten waren in den Fällen entstanden, in denen Waren verkauft werden sollten, welche sich noch unterwegs befanden, oder wenn infolge von Ueberladung der Abfertigungshallen die Einfuhr eines Begleitgesetzes nicht rechtzeitig erfolgen konnte. Der Reichsfinanzminister hat zur Behebung dieser Schwierigkeiten nachgelassen, daß auf Antrag auf eine bereits bestehende oder innerhalb von drei Monaten noch entstehende Zollschuld bei einer bestimmten Zollkassierung Anzahlungen geleistet und die Anzahlungsbescheinigungen in Höhe des Goldzollbetrages unter gewissen Bedingungen angerechnet werden können. Die Landesfinanzämter sind entsprechend unterrichtet. Durch diese Regelung sind gewisse Härten ausgeglichen.

Der Devisenverkehr bei der Reichsbank.

Die Reichsbank wird in Zukunft Devisen nur abgeben, wenn ihr der ursprüngliche Auftraggeber, mit anderen Worten derjenige, welcher letzten Endes die Devisen zur Zahlung für erlaubte Zwecke gebraucht, bei Auftragserteilung genannt wird. Soweit die ursprünglichen Aufträge an Devisenbanken erteilt werden, müssen diese bei Weitergabe ihrer Ordres an die Reichsbank, an andere Devisenbanken oder an die Walfen den ursprünglichen Auftraggeber und seinen Wohnsitz entweder ohne weiteres bezeichnen oder ihrer Ordere einen Belegzettel, aus dem Betrag der Ordere, ferner Namen und

Wohnsitz des Auftraggebers einwandfrei hervorgehen, in geschlossenem Umschlag, auf dem die Auftragsbeträge verzeichnet stehen, belegen. Die Reichsbank stellt sich zu dieser Maßnahme genötigt, nachdem sie die Erfahrung gemacht hat, daß Auftraggeber in Erwartung von Reparaturen bei der Devisenzuteilung vielfach weit höhere Beträge in Auftrag gegeben haben, als der wirkliche Bedarf es rechtfertigt. Die Bekanntgabe des ursprünglichen Auftraggebers wird die Reichsbank in den Stand setzen, sofort entsprechende Erhebungen anzustellen. Selbstverständlich haben Auftraggeber, die etwa in der genannten Weise verfahren und dadurch gegen den Sinn der Bestimmungen des § 5 der Devisenverordnung vom 8. Mai d. J. (R. G. Bl. S. 275) verstoßen, entsprechende Bestrafung zu erwarten.

Marktberichte

Landwirtschaftliche Warenmärkte zu Großhain.

Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 7. Juli 1928: Weizen 450000—480000, Roggen 340000—350000, Hafer 340000—360000, Sommergerste 360000—380000, Mais 400000, Maisstroh 415000, Kleie 250000, Roggen- und Weizenstroh, Ankerstroh und Heu ohne Ankerbot, Weizenmehl 70%, 775000, Roggenmehl 70%, 608080, Roggenmehl 85%, 550000. Preis für den Bäckermehl: 1 Kilogramm 6000 M. Die Preise verstehen sich für den Feinmehl in Mengen unter 5000 Kilogramm.

Treidner Schlachtviehmarkt am 9. Juli.

1. Rinder: 40 Ochsen, 58 Bullen, 122 Kalben und Kühe; 2. 801 Fäbber; 3. 121 Schafe; 4. 475 Schweine. Außerdem zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf den Markt gestellt: 2 Ochsen, 5 Bullen, 11 Kühe, 106 Fäbber, 15 Schafe, 350 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtwert: Ochsen: 1. vollfleischig, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 2 bis 2,1 Mill. (3727200), 2. junge Fleischig, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 1,4 bis 1,6 Mill. (3463000), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 1,2 bis 1,3 Mill. (3760000), 4. gering genährte jeden Alters 1 bis 1,1 Mill. (3809500). Bullen: 1. vollfleischig, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 2 bis 2,1 Mill. (3534500), 2. vollfleischig jüngere 1,6 bis 1,8 Mill. (3690900), 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 1,3 bis 1,5 Mill. (2892300), 4. gering genährte 1 bis 1,2 Mill. (2444400). Kalben und Kühe: 1. vollfleischig, ausgewästete höchsten Schlachtwertes 2 bis 2,1 Mill. (3727200), 2. vollfleischig, ausgewästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 1,6 bis 1,8 Mill. (3269200), 3. ältere ausgewästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 1,3 bis 1,5 Mill. (3131100), 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 1,1 bis 1,2 Mill. (2887500), 5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben 900000 bis 1 Mill. (2794100). Fäbber: 1. Doppelfäbber —, 2. beste Mast- und Saugfäbber 1,9 bis 2 Mill. (3145000), 3. mittlere Mast- und gute Saugfäbber 1,5 bis 1,6 Mill. (2583000), 4. geringe Fäbber —. Schafe: 1. Mastlamm und jüngere Mastbammel 1,6 bis 1,7 Mill. (3300000), 2. ältere Mastbammel 1,3 bis 1,4 Mill. (3000000), 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Werschale) 1 bis 1,2 Mill. (2894000). Schweine: 1. vollfleischig der feineren Rassen und deren Anzucht im Alter bis 1 1/2 Jahr 2,3 bis 2,4 Mill. (3012000), 2. Fetteschweine 2,4 bis 2,5 Mill. (3082000), 3. Fleischig 2,2 bis 2,3 Mill. (3000000), 4. gering entwickelte —, 5. Sauen und Eber 1,8 bis 2,3 Mill. (2733000). Die Preise sind Marktpreise für niedresten Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab: Staß, Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umlaufsteuer, sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Rein Ueberland. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang in allen Viehsorten gut.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Warenbörse pro 50 kg ab Station:

Weizen, märkischer 560000—580000. Steigend. Roggen, märkischer 440000 bis 460000. Steigend. Sommergerste, märkische 430000 bis 470000. Steigend. Hafer, märkischer 440000—460000. Steigend. Mais loco Berlin 460000. Fest. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 1700000—1800000. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Steigend. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 1300000—1500000. Steigend. Weizenmehl 290000—300000, Roggenmehl frei Berlin 300000, Steigend. Weizenmehl 825000. Steigend. Erbsen, Victoria 800000—850000, kleine Speiserbsen 600000—700000. Futtererbsen und Beluichten ohne Angebot. Weizen 400000 bis 450000, Lupinen, blaue ohne Angebot, gelbe 400000 450000. Rapstuchen 410000—420000. Trodenkorn 185000—200000. Vollwertige Suckerzucker 300000 bis 310000. Erdmelasse 30/70 175000—190000. Kartoffelkoden 430000—440000.

Platznamen in Goldbrüstel
muß heute jeder schonen, der im Daseinskampfe bestehen will. Sie können beides, wenn Sie Continental-Sohlen und -Absätze tragen statt des teuren Leders. Aber wählen Sie ausdrücklich
Continental
Sohlen = Absätze
So gut wie Continental-Reifen.

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

34. Fortsetzung.

Mein Bessa blieb allen diesen lockenden Genüssen gegenüber standhaft; Fräulein Derta sei nicht wohl, erklärte sie mit ruhiger Bestimmtheit, und sie habe außer der Barone verprochen, zum Abendbrot wieder im Schloß zu sein; sie bedauere es ja selbst am meisten, die reizende Gesellschaft so früh schon wieder verlassen zu müssen, aber sie habe Pflichten gegen das Haus Löhne und sei lieber nicht unumschränkt Herrin ihrer Entschlüsse.

So gab ihr denn Herr Pastor Haedorn in sichtlich Enttäuschung endlich den Weg frei; der Kandidat stolperte bei seinem etwas verunglückten Abschiedsbückling fast die Treppe hinunter und nur das breite Gesicht der glücklichen Braut glänzte in unerschöpflicher Genugtuung, daß der unbequeme Störenfried dem noch immer ganz hypnotisierten Verlobten durch seinen plötzlichen Ausbruch so schnell wieder in ihre liebenden Arme zurückführte.

Die Herrschaftselche geleitete Derta bis zur Dorfstraße hinaus und stand mit ihr dann noch ein Weilchen an der Gartentür.

„Ich hätte Ihnen heute gern noch ein wenig aus meinem neuesten Manuskript vorgelesen,“ sagte sie. „Ich habe seit einiger Zeit eine kleine Novelle unter der Feder mit Herrn von Alleben als Helden. Oh, ich finde ihn ja so romantisch mit seiner amerikanischen Vergangenheit. Ich schilderte ihn getreu nach dem Leben, wie er nach Bahlowisch verschlagen wird und sich dort zwischen zwei schöne Frauen gefehlt sieht, die beide einen tiefen Eindruck auf ihn machen. Ich habe mir da erlaubt, Sie selbst, mein liebes Fräulein Hans, und unsere Frau Barone als Modelle zu benutzen. Das ganze ist selbstverständlich nur eine dichterische Phantasie!“ fügte sie beruhigend hinzu.

„Und wie entwickeln Sie dies interessante Doppelverhältnis weiter?“

Die Dichterin lächelte geheimnisvoll.

„Das möchte ich Ihnen noch nicht gern verraten, um Ihnen nicht den Reiz der Spannung zu nehmen. Aber ich plane, mein Werk nach mannigfachen Seelenkämpfen des Helden in seiner Beirat mit der Barone zu einem glücklichen Ausgang zu bringen.“

Ein hocharter Jug trat in Deltas Gesicht.

„Ich glaube, Sie greifen da den Ereignissen doch ein wenig vor,“ sagte sie. „Aber man kann ja nicht wissen, was die Zukunft vielleicht noch bringt. Das Leben ist ja bekanntlich oft romantischer als der schönste Roman!“

Sechzigstes Kapitel.

Mit raschen Schritten kam Derta bis abendliche Dorf-

straße entlang, über die die erste zarte Schönheit der Dämmerung leise hereinjaunt.

Alleben und die Barone.

So also malte sich im Kopfe dieser Dichterin die Welt im Schloß.

Ein grimmiges Lächeln verzerrte Deltas schönen Mund. Sie hatte so ganz zu fragen vergessen, welches Schicksal denn ihr selbst in jener geistreichen Novelle zugefallen gewesen sei. — Am Ausgange des Dorfes bog Derta von der Dorfstraße auf einen Seitenweg ab, überquerte einen Weidengraben und wandte sich dann durch den stillen Buchenwald zum Schloß hinüber.

Und immer schritt im Geiste ein Wandergefährte neben ihr, der Mann, von dem sie einfach nicht begreifen konnte, warum er in seinem verblendeten Gelinut nicht jenem Vorschlag beigetreten war, den er doch selbst als die einzig mögliche Lösung des ganzen verhängnisvollen Knotens empfunden mußte.

Wie glatt und ohne Geräusch wäre mit einer Scheidung jede Schwierigkeit behoben und ihnen beiden der Weg zu einem neuen Leben geebnet gewesen.

Und nun der Starrsinn dieser letzten Drohung, die sie auf einmal wie eine Kettenlast auf ihren Gliedern fühlte, die sie seit der vergangenen Nacht gleichsam in einem engen Gefängnis hielt, daß alle ihre Gedanken in einem qualvollen, unausweichlichen Zwange immer wieder an den starken Wänden ihres Kellers erbenet.

Jetzt leuchtete es sich im Unterholz.

Zwischen den graulichen Stämmen der Buchen blühte es blau herüber.

Der Weg sank eine kleine Schlucht hinab in eine grüne Wildnis von Farnkraut und Königskerzen.

Dann öffnete sich der Wald.

Und groß und schweigend dehnte sich die schimmernde Weite des Bahlowischer Sees, geheimnisvoll, einem Stummeln gleich, den es zu sprechen drängt. —

Unwillkürlich war Derta stehen geblieben und lauschte auf die leise Wellenmusik der Einsamkeit, die wie ein einziger langgehaltener, ferner Ton über den stillen Wassern schwang.

Eine brütende Rohrdrossel rief ab und zu sorgende Rufe aus, dann wieder sprang ein Fisch ins See und von den Uferdörfern sang fernes Gundegebell.

Im Garten trübte verdämmerte die Ferne.

Der Wind hatte sich ganz gelegt.

Das Laub der Röhme stand wie versteinert im letzten Sonnenlicht.

Auf einmal raschelte es hinter Derta im Unterholz, ein Alt brach mit hartem Knack.

In leisem Erschrecken wandte sie den Kopf.

Die damals schon einem schlannten Mannes Artate sich,

über dem Steifhang der Buchenschlucht wie ein scharfer Schatten in den klaren Abendhimmel.

Und dann war der Schatten dicht an ihrer Seite.

„Derta!“ rief es in unterdrücktem Jubel.

Arzt von Lohow stand vor ihr.

Sekundenlang verharrten sie in beklommenem Schweigen.

Er hatte ihre Hände gepackt, sein schönes, erregtes Gesicht war ganz nahe dem ihren.

In einem Anfall wehrloser Schwäche sank sie ihm entgegen.

Alles, was an Angst und Not in ihrer Seele gebrannt hatte, es war auf einmal untergegangen, in dem Bewußtsein ihrer beider Zusammengehörigkeit.

Waren sie nicht zwei Engländer des Glückes, die schon zweimal eine Stunde ihres Lebens miteinander gewandert waren, die sich immer wieder zusammenfinden mußten, kraft des gebietenden Zaubers der Liebe, der über Meer und Lande wirkt. —

„Derta!“

Die großen, blauen Augen des Mannes liebkosten ihr Gesicht, ihr wundervolles Haar, in dessen Wellen sich alles Gold der sinkenden Sonne gefangen zu haben schien.

„Derta!“ wiederholte er leise. „Du bist die Schönste, die ich je gesehen habe.“

Mit einer sanften Bewegung machte sie sich von ihm frei. „Wir müssen vernünftig sein, Arzt! Wenn uns jemand sieht.“

Er schüttelte den Kopf.

„Ich kann es nicht, so lange du bei mir bist. Ich hab' dich ja so grenzenlos lieb.“

Er hatte sie bei diesen Worten ein wenig abseits in den Wald geführt, zu einer Stelle, wo ein kleiner Wasserlauf zwischen den bemoosten Felsblöcken mit leisem Singen aus der Erde sprang.

Hier ließ er sich nieder und zog sie auf seinen Schoß herab.

Und sie lehnte den Kopf an sein Haar und ihre Arme lagen weich um seinen Hals.

Und dann begann er zu erzählen von seinem einsamen Robinsonleben und wie er Tag um Tag auf eine Nachricht von ihr gewartet habe, in Sehnsucht und heimlicher Verzweiflung.

Wie er sich heute endlich ein Herz gefaßt und nach Bahlowisch gewandert sei, in der stillen Hoffnung, ihr irgendwo im Dorf oder im Walde zu begegnen.

„Und nun hab' ich dich, Derta!“ schloß er, sie leidenschaftlich an sich pressend. „Und lasse dich nie, nie wieder. Ich lasse dich nicht!“

Fortsetzung folgt.

Großhainer Frühobst-Ausstellung.

Die Rundfahrt des Wirtschaftsministers, der Ehrenreihe und einer reichlichen Anzahl anderer Personen mit Autos durch das Kirchengebiet der Gegend am Sonntag, den 12. Juli, wurde durch die Teilnahme von Herrn Studierat Anders einen sehr feinen Vortrag hielt, wävermü, Willeis, Reinerdorf. Hier wurde bei Herrn Gutsdank'scher Predigt auch die Gelo-Anlage besichtigt und eine leibliche Rechnung vorgenommen, die nach der Autofahrt sehr willkommen gewesen sein dürfte. Es war eine lehrreiche, aber auch vergnügliche Fahrt. Im Röh-Saale fanden am Nachmittag zwei Vorträge statt, deren auf 6 Uhr festgesetzter Beginn sich recht beträchtlich verzögerte. Iner sprach Herr Heilmann, Diemitz, der mehr als ein Menschewalter auf diesem Gebiete umfassende Spezialstudien getrieben hat, über den Kirchengarten. Im Anschluss an diesen Vortrag wies Herr Pfann, Meißner, auf die unendlich große Arbeit hin, die Herr Glausch mit der Veranstaltung der Großhainer Ausstellung gehabt hat, doch er dürfe sich auch des vollen Gelingens seiner Mühe freuen. Den nächsten Vortrag, der wohl die Hauptzahl der Besucher nach dem Röh-Saale geführt hatte, hielt Herr Glausch über „Obstweinebereitung“. In recht klarer Weise legte er die Voraussetzungen dar, deren unbedingte Beachtung zur Erzielung eines guten, wohlbedimmlichen Weines erforderlich sind: u. a. Verwendung von reifen Früchten, nicht überreifer, weil solche Reifezeit. Sodann schilderte der Vortragende den Gang der Weinherstellung und gab einzelne Weinrezepte, die von den Zuhörern mit Eifer nachgeschrieben wurden. Wenn also Beeren ergeben 6-8 Liter Saft. Bei roten Johannisbeeren kommt auf 1 Liter Saft 1 1/2 Liter Wasser, bei weißen ebenso, bei Stachelbeeren nur 1/2 Liter Wasser, bei Brombeeren 1/2 Liter Wasser, bei Heidelbeeren 1/2 Liter Wasser. Auf je 1 Liter Gemisch kommen bei allen Früchten je 120 Gramm Zucker. Das ergibt einen Wein von 12 Prozent Alkohol. Zur Gärung ist stoffige Edelhefe oder Bierhefe zu verwenden. Die Gärung dauert 6 bis 8 Wochen. Zum Ansehen des Obstweines können Fässer oder Flaschen verwendet werden. Letztere empfehlen sich um deswillen, weil genauer zu sehen ist, wie weit sie jederseits gefüllt sind, denn zwischen Wein und Gefäßwandung darf keine größere Luftschicht bleiben. Besonders zu beachten ist auch, daß das Gefäß mit Wein vor Sonnenlicht, überhaupt vor hellem Licht geschützt bleiben muß, da das Licht die Hefe abtötet. Der Vortragende wies ferner noch auf vorkommende Fehler und gab Maßregeln, wie diese behoben werden können. In den durch seine Sachlichkeit besonders eindrucksvollen Vortrag schloß sich eine rege Aussprache, die zeigte, welche Interesse die Obstweinefrage jetzt besitzt und das ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen wohl erklärlich, wird es doch dem gewöhnlichen Sterblichen, der nicht zur Klasse der Varen- oder Valutafischer gehört, immer mehr unmöglich, sich ein Glaschen Wein zu leisten. Die natürliche Folge ist immer mehr: Selbstbereitung eines Hausstranks! — Die für Sonntag abend angelegten Vorträge fielen aus.

Der Besuch der Ausstellung war am Sonntag vormittag so, daß ein bequemes Besichtigen der Ausstellungsobjekte möglich war, am Nachmittag gab es dagegen eine solche Fülle von Besuchern, daß in den Gängen der Ausstellung ein ziemlich Gedränge herrschte. — Gestern Montag, kehrten die Teilnehmer aus der Stadt und vom Lande die Haupt-

Wiederaufnahme der Arbeiten des Marktforschungsunternehmens.

Nach kurzer Unterbrechung nahm der Ausschuss des Reichstages zur Untersuchung der Ursachen, die zum Zusammenbruch der Marktforschungsaktion geführt haben, seine öffentlichen Verhandlungen wieder auf. Als Zeugen waren erschienen Chefredakteur Georg Bernhard von der „Vossischen Zeitung“ und Bankier Manfred Raab. Bankier Raab wird verurteilt. Er soll erzählen, daß er von der Reparationskommission den Auftrag erhalten habe, größere Marktbestände in Berlin zu verkaufen. Der Zeuge erklärt, daß er zum Verkauf solche Beträge nicht erhalten habe. Der Vorsitzende teilt dann über die Abschlusssitzung des Ausschusses mit, daß die Verhandlungen vor allen Dingen der Frage angeht hätten, wie groß der Preisbedarf der Reichsbahn für die ausländischen Rohstoffe gewesen sei. Die Eisenbahn mußte bis zu 700000 Tonnen enalische Kohlen kaufen. Es habe sich mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß die von der Reichsbahn abgeschlossenen Verträge Deullen in einer Höhe beanspruchten, die keineswegs in kurzer Zeit zur Verfügung gestellt werden konnten. Wir haben festgestellt, so schloß der Vorsitzende, daß diese Verhältnisse auf die Marktforschungsaktion in erschreckendem Maße eingewirkt haben. Darauf wird Georg Bernhard vernommen und verurteilt. Er nennt das Verfahren der Behörden, die sich wegen der Preisbeschaffung an Stinnes gewendet haben, eine sehr grobe Arglosigkeit, die auch nicht durch die Tatsache kompensiert werde, daß man den Kurs limitiert habe. Weiter äußerte der Zeuge, daß die technischen Maßnahmen der Marktforschungsaktion überhaupt nur dann Erfolg haben könnten, wenn man gleichzeitig finanzielle und wirtschaftspolitische und andere weitreichendere Maßnahmen getroffen hätte, statt dessen habe man aber allerdings solche Maßnahmen getroffen, die geradezu die Stützungsaktion zerschlagen mußten.

Ueber die Gebührensätze der Ärzte.

Vom Verband der Ärzte Deutschlands wird mitgeteilt: Am 5. Juli 1923 haben im preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt erneut Verhandlungen im Gebührenauschuss gemäß § 13 der preussischen Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte stattgefunden. Es handelte sich um die Nachprüfung der Anamnesenbeiträge der zur Zeit gültigen Gebührensätze für Ärzte und Zahnärzte unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Preisverhältnisse. Mit Rücksicht darauf, daß die Fixierung am 27. Juni nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes bereits das 11785fache des Friedensstandes betragen hat, daß sie inzwischen aber bereits auf etwa das 14000- bis 15000fache weiter angefahren ist, haben sich die ärztlichen Vertreter des Ausschusses gezwungen, eine Erhöhung der Mindestgebühren zu beantragen. Die Mindestsätze der preussischen Gebührenordnung bilden in der Regel auch die Unterlage für die Bezahlung der fakultativen Tätigkeit im Felde. Der nunmehr zu erwartende Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers über die Höhe der ärztlichen Gebühren vom 1. Juli ab wird daher für die wirtschaftliche Lage der deutschen Bevölkerung von entscheidender Bedeutung sein. Die ärztlichen Vertreter des Ausschusses haben fernerhin dringend gebeten, den besonders schwierigen Verhältnissen der besetzten und Einbruchgebiete dadurch Rechnung zu tragen, daß eine besondere Preisermäßigung in den ärztlichen Gebühren festgesetzt wird. Die Entscheidung des Wohlfahrtsministers ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Erste Audienz des Dampfers „Albert Ballin“.

Von der Ausfahrt „Albert Ballin“ geht uns folgender Bericht zu: Es war ein wunderbarer Sommerabend, am dem der „Albert Ballin“ die Elbe abwärts fuhr. Im Hamburger Hafen und am rechten Ufer, bis Blankenese, hatten sich Tausende von Zuschauern eingefunden, die dem ausfahrenden Dampfer Abschiedsgrüße umwinkten. Fünf Stunden später lag er nach sehr ruhiger Fahrt — es war kaum eine Vibration zu merken — vor Cuxhaven im Strom vor Anker. Als dann das intensive Blau der Sommernacht in den Morgennebeln verbläute, wurde auch das Schiff wieder lebendig, und leante an die große Pier in Cuxhaven an. Der Dampfer war bis in die letzten Einzelheiten fertig und zum Empfang der Passagiere bereit. Um 1/9 Uhr trat der erste Sonderzug mit Reisenden dritter Klasse aus Hamburg ein. Während sie von ihren Nummern Besitz ergriffen, sich in den Gesellschaftsräumen umhören und sich schließlich an Deck einfanden, sammelte sich an den Rängen zur Pier die Menge derer, die der Abfahrt des „Albert Ballin“ beimohnen wollten. Ganze Schulklassen waren gekommen, und alle warteten trotz der steigenden Sonnenwärme geduldig Stunde um Stunde. In der Reihenseite waren die Passagiere der zweiten und ersten Klasse ebenfalls eingetroffen, und die letzte Volk war an Bord genommen. Unter Tischerschwenken und Abschiedsrufen der Zurückbleibenden und den Klängen der Bordkapelle löste dann das Schiff gegen zwei Uhr die Leinen und verließ unter Schloß und Riegel die Elbe. Der von Belgoland kommende Seebüdderdampfer „Kaiser“ gab dem großen ausfahrenden Bruder noch ein Stück das Geleit.

Ein Kindererholungsheim im Park zu Großsiedlich.

Im Dresden. Am linken Elbufer liegt der ehemalige Sommerhof des sächsischen Hofes, der schöne Park von Großsiedlich mit seinem Schloss, der Orangerie, anderen feinen Gebäuden und weiten gärtnerischen Anlagen, der jetzt Staatsliegenschaft ist. Neuerdings war eine Gesellschaft mit dem Angebot an den Staat heranzutreten, den Park für eine halbe Million zu kaufen. Das Gesamtministerium hat darauf eine Besichtigung des Parkes vorgenommen und entschieden, daß es unverantwortlich gegen den Staat gehandelt wäre, wenn man dieses prächtige Besitztum verkaufen würde. Die Regierung hat sich entschlossen, den Versuch zu machen, in dem Schloße ein Kindererholungsheim zu errichten, später könnten vielleicht auch die Orangerie und die anderen Gebäude diesem Zwecke zugeführt werden. Es wird beabsichtigt, noch in diesem Jahre die Anlage für die erholungsbedürftigen Kinder auszuführen. Die Vorarbeiten sollen mit der größten Beschleunigung erledigt werden. Bauliche Reparaturen, die sich etwa als nötig herausstellen sollten, werden sogleich vorgenommen werden. Aus finanziellen Gründen sollen die erforderlichen Betten geschafft werden, ebenso die nötigen Utensilien für den Wirtschaftsbetrieb; es soll in Feldflächen gelocht werden, die im Staatsbesitz sind. Man wird mit den Städten in Verbindung treten, um sie für Belegung des Heimes zu interessieren, wobei vorausgesetzt wird, daß die Städte die Unterhaltungskosten für die Kinder selber tragen, während der Staat die Kosten für die Anstalt und den Wirtschaftsbetrieb übernimmt.

Strebjamen Renten
m. eig. Wohnung od. Laden
richten wir eine Verleihbibliothek ev. verb. m. Buchverleihgesellsch. ein. Mod. Film-, Detektiv- und Großstadtromane. Ort gleichgültig. 1 Million Mk. erforderl. Laud. Einnahmen, glänz. Erfolg! Novob Verlag, Leipzig-Do., Lukasstr. 3.
Wer nimmt 2 1/2 jährl. gesundes, hübsches Mädchen auf mehrere Monate in Pflege, mögl. auß. Land. Offerten erb. unt. U P 464 an das Tageblatt Niesla.

Bergatademitler
sucht für sofort od. später
gutmöbliertes Zimmer.
Angebote unter U Q 465 an das Tageblatt Niesla.

Heirat!
Hübsche Mädl. und Gutsbesitzerin, 21 Jahre alt, 400 Millionen Mk. Vermögen, wünscht sich mit Herrn auch ohne Vermögen zu verheiraten dch. Frau Zander, Berlin O 25
Schulm. als Aufwartg. gel. Bertr. Gohestr. 14, 2. l.
Zur Führung eines ff. Haushaltes (2 Pers.) wird ein tücht. älteres
Alleinmädchen
welches pers. Kochen kann, per 1. August gesucht.
Angebote an Kaufhaus Bachmann, Döbeln.

Für 1. August suche ich ein 14-15 jähriges
Mädchen
als Zweitmädchen.
Frau Heinrich Zeuris, Carolatr. 11.

Junges solides Mädchen
sich zur leichten Hausarbeit und Gästebedienung gesucht.
Samml. Restaurant, Röderrau.

Älteres, zuverlässiges
Hausmädchen
für 15. August in Wilkenhaushalt (2 Personen) gesucht. Frau Dr. Gerwin, Rüderrau, Dresden.

Hotel Höpfer.
Freitag, 13. Juli, abends 8 Uhr die berühmten **Leipziger Krystallpalast-Sänger.** Tränen über Tränen werden gelacht. **Vorverkauf bei Abendroth, Hauptstr. und Wittia, Bettinerstraße.**

Gewerbeverein.
Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 Uhr, im Hotel Höpfer **Feier des 75. Stiftungsfestes**
durch einen Festabend mit **Koncert und Gesangsvorträgen**, unter gütiger Mitwirkung des Männergesangsvereins „Opheus“, F e s t e r e u m. Hierzu werden die geehrten Mitglieder nebst Angehörigen ergebenst eingeladen und um zahlr. Besuch gebeten.

Wegen des Umbaues wird der Betrieb von Mittwoch, den 11. Juli ab bis zur Fertigstellung — voraussichtlich Ende August — gänzlich geschlossen.

Hotel Sächsischer Hof.

Autischer
guter Pferdewärter, mit landw. Arbeiten vertraut, bei gutem Lohn per sofort gesucht.
Alfred Büttner,
Gartenbaubetrieb, Pausitz.

Geschäftliche und private
Drucksachen aller Art werden bei sauberster u. geschmackvoller Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von **Tageblatt-Druckerei Niesla, Goethestr. 59.**

Hotel Höpfer.
Freitag, 13. Juli, abends 8 Uhr die berühmten **Leipziger Krystallpalast-Sänger.** Tränen über Tränen werden gelacht. **Vorverkauf bei Abendroth, Hauptstr. und Wittia, Bettinerstraße.**

Gewerbeverein.
Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 Uhr, im Hotel Höpfer **Feier des 75. Stiftungsfestes**
durch einen Festabend mit **Koncert und Gesangsvorträgen**, unter gütiger Mitwirkung des Männergesangsvereins „Opheus“, F e s t e r e u m. Hierzu werden die geehrten Mitglieder nebst Angehörigen ergebenst eingeladen und um zahlr. Besuch gebeten.

Wegen des Umbaues wird der Betrieb von Mittwoch, den 11. Juli ab bis zur Fertigstellung — voraussichtlich Ende August — gänzlich geschlossen.

Hotel Sächsischer Hof.

Autischer
guter Pferdewärter, mit landw. Arbeiten vertraut, bei gutem Lohn per sofort gesucht.
Alfred Büttner,
Gartenbaubetrieb, Pausitz.

Geschäftliche und private
Drucksachen aller Art werden bei sauberster u. geschmackvoller Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von **Tageblatt-Druckerei Niesla, Goethestr. 59.**

Bereinsnachrichten
Turnverein u. Allgem. Turnverein. Die Kinderabteilungen (Mädchen: Turnbluse, Rock; Knaben: Turnhose, Turnhemd), sowie sämtliche Mitglieder der Vereine und die Angehörigen der Mädchenfabrik morgen Mittwoch nachm. 3 Uhr Turnhalle zum Festzug nach dem Bahnhof. **Sängertrane, Damenchor morgen Mt. Höpfer-Saal.**

Arbeiter-Schachverein.
Lehrkurs für Anfänger
Donnerstag, den 12. Juli, 8 Uhr, Stern.

Gasthof Nünchritz.
Morgen Mittwoch **Aufklärungs- u. Experimentalabend** dritter und letzter des bekannten Fr. Schöffel. Ein Besuch des letzten Abends ist besond. zu empfehlen, da es sich um das Wichtigste der ganzen Abende handelt. — Anfang 8 Uhr. Eintrittsf. an der Kasse.

Erstklassige Tiefbaubraunkohle
sparsamer als Britetts für Hausbrand und Industrie (mit Wirkung ab 25. Juni)
Siebtohle I M. 5800.— per Str.
Siebtohle II 5500.— „ „
Förbertohle 4300.— „ „
Griehtohle 2500.— „ „
alles ab Grube
kann in jeder Menge ohne Kohlenscheine abgeholt werden von
Braunkohlengrube „Vogelscheide“
b. Rothstein, Kreis Liebenwerda
Fernspr.: Amt Tröbitz Nr. 7.

Getragene Kleider, Anzüge, Schuhe
Unter- und Bettwäsche, Musikinstrumente, Bücher, Zeitungen und Sätze aller Art
kauft täglich von 9-1/2 Uhr
Emil Kaluscha
Ein- und Verkaufsgeschäft, Schloßstr. 10, Ausweis mitbringen. Dole auch ab, Karte genügt.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit dargebrachten zahlreichen Glückwünsche und wertvollen Geschenke sagen wir hiermit allen anfrichtigsten u. herzlichsten Dank.
Radewitz, 4. Juli 1923.
Richard Thomas u. Frau Alma geb. Thierbach.

Kinderwagen
zu verkaufen. Lehmann, Bismarckstr. 57, 515.

Gelbes Sommerkleid, 42
zu verkaufen. Ottlitz, Bismarckstr. 54, p. r.

Tennisschläger
zu verkaufen. Café Grube.

Unterhaltener Tennisschläger
zu kaufen gesucht. Nähere Angaben in Preis erb. u. U Q 463 an Taubel, Niesla.

Wir sind Käufer
von 200 Zentnern

Ree- od. Heu Gemenge
Angebote erbittet
Sächsische Nachbereiungsgesellschaft
Truppenplatz Zeithain,
S. m. b. H.

Heu kauft
zum höchsten Tagespreis
R. Schwade,
Niesla, Bettinerstr. 26.
Bruchsteine
können abgefahren werden.
Zu erf. Gewerbebau,
Bettinerstr. 27, Hof.

Gänsefedern
verkauft nach zu billigstem
Preis Albert Haberecht,
Röderrau, am Bahnhof.
Telefon 516.

Gebr. Piano
zu kaufen gesucht. Off. m. Preisangabe unter S 8 418 an Tagl. Niesla.

Piano-Stimmer
von heute ab wieder hier und nimmt Stimmungen entgegen
Winkler, O. Jenner.
Freißen Angewandte
Klemens Bürger.
Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten

Die Beschleunigung der Entwicklung.

Was seit Wochen bereits von englischer Seite offiziell angedeutet und ebenso offiziell dementierend abgeschwächt worden ist, die Androhung selbstständigen diplomatischen Vorgehens in der Reparationsfrage soll nun anscheinend Tatsache werden. England will, so läßt es vernehmen, natürlich weiterhin noch in enger Fühlungnahme mit den in das Ruhrabenteuer unmittelbar Verwickelten weiterarbeiten. Es will aber eine Entwicklung „beschleunigen“, die aus dem Reparationskapital hinausführt. Die unendliche Einschleppung der Ereignisse ist den Regierungsleitern an der Themse unendlich gemordet. Das Abstreifen, die wohlwollende Neutralität der von Frankreich getriebenen Entwicklung gegenüber soll aufhören. England will nun endlich das in die Tat umlegen, was Baldwin seit seinem Regierungsantritt als das Weizen seiner Ministerpräsidentenschaft hat bezeichnen lassen, die Aktivität.

Die Geschichte, betont lebenswürdige Umwälzung dieser Absichten Frankreich gegenüber kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß England, falls es tatsächlich mit einer Politik der Vernunft Ernst machen will, nicht eine in den Anfängen befindliche Entwicklung „beschleunigen“ muß, sondern daß es mit der ganzen Entwicklung, die das sogenannte Reparationsproblem unter Frankreichs Führung bisher genommen hat, brechen muß. Ein Bruch ist immer dann sinnlos und gefährlich, wenn keine Macht hinter ihm steht. Das Fehlen tatsächlicher Machtvollkommenheit war bisher einer der hauptsächlichsten Gründe für Englands Beiseitegehen. Nun gewinnt es den Anschein, als wenn England den Augenblick für reif halte, um die gesamte öffentliche Meinung der Welt als einen Machtfaktor einzustellen, der zwar Frankreich aus nicht niedrigeren kann, der aber, so glaubt man in England, in Paris immerhin noch einen gewissen Eindruck machen wird. Die Anzeichen mehrten sich, daß Frankreich mit jedem Tag mehr Einbuße an seinem Einfluß erleidet. Der Schritt des Vortages mit allen seinen Folgen und Begleiterscheinungen hat diesen Eindruck einer zunehmenden moralischen Isolierung Frankreichs verstärkt. Selbst die Art, in der die Reichsregierung von gewissen Gewalttaten abgerückt ist, war zugleich eine Verstärkung der Anlagen an die Adresse Frankreichs. Wenn England also Entwicklungen beschleunigen will, so kann es nur diese gegen Frankreich gerichtete Entwicklung der Weltmeinung beschleunigen, die in den Anfängen bereits zu erkennen ist. Daß England, wie es in einem, anscheinend unerschütterlichen, Bericht des „Daily Telegraph“ heißt, den Weg über den Weltgerichtshof im Haag gehen will, ist eine an sich nicht allzu bedeutende Formel, deren Wert in dem tatsächlichen Inhalt eines solchen Schrittes, in der Entschlossenheit Englands liegen würde, das Reparationsproblem in Zukunft nicht mehr als eine Privatangelegenheit Frankreichs zu behandeln. Ob diese Aufwindung tatsächlich bald einer Verwirklichung entgegengeführt werden soll, oder ob es sich auch hierbei nur um ein letztes Druckmittel handelt, läßt sich bei der bisherigen Scheu Englands vor entscheidenden Beschlüssen nicht mit Sicherheit feststellen.

Der Völkerbund als Rechtsform.

Um ihre Siegesdiktatur der Welt nicht in ganzer abschreckender Fühllosigkeit zeigen zu müssen, haben die Verbandsmächte einen Verwaltungsausschuß in Genf geschaffen, den sie unter geistlicher Benennung feierlicher Bestimmungen „Völkerbund“ genannt haben. Die Hauptaufgabe eines Völkerbundes soll der Idee nach sein, gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Staaten und Staatengruppen zu verhindern. Daß diese an sich löbliche Absicht auf dem Wege eines sogenannten Völkerbundes nicht möglich ist, hat die Gegenwart aufs Schlagendste bewiesen. Recht, auch Völkerrecht, ist nur dort zu schaffen, wo Macht, das Recht an vorzuziehen, vorhanden ist. Wegen die Macht ist nun einmal im Völkerleben das Recht allein niemals durchgedrungen. So hat sich denn der im übrigen unendlich komplizierte Genfer Apparat angeht, in die Machtverhältnisse einanderstehender großer Staaten eingegriffen. In der Ruhrfrage wäre beispielsweise jede Vorandsetzung für ein Eingreifen des Völkerbundes sachgemäß gegeben. Da der Völkerbund aber als ein ausgeprochenes Macht-Instrument Frankreichs nicht gegen Frankreich entscheiden kann, so tut er so, als ob es eine Ruhrfrage überhaupt nicht gäbe. Ferner soll der Völkerbund in einer Reihe internationaler Fragen zweiter Ordnung als Rechtsforum gelten. Es handelt sich hier in allem um das Schicksal der Minderheiten, die im Völkerbund eine Verfassungsinstanz gegen nationale Unterdrückung sehen wollen und um die Beschwerden jener Gebietskörperschaften, die so ausgesprochen deutsch sind, daß man sie nicht ohne weiteres den Ausnahmeherrschaften des Friedensvertrages zuweisen konnte und die man deshalb unter Vorkaufsrecht vom Reich dem Völkerbund unterstellt hat. Es kennzeichnet die ganze Widersinnigkeit des Friedensdikates, daß man größten Teils ohne zureichenden Grund nationale Minderheiten in den Erbländern von Versailles geschaffen hat, nur um Deutschland zu schwächen und daß man aus demselben Grunde die unglückseligen Gebilde Saargebiet und Danzig eingerichtet hat und nun einen angeblichen Ueberwachungs-ausschuß über die Rechte dieser verewaltigten Volksteile eingesetzt hat, anstatt von vornherein die Bandkarte Europas so zu gestalten, daß der Völkerbund in diesen Fragen überflüssig gewesen wäre.

In diesen Tagen haben nun die Verhandlungen über die Beschwerden des Saargebietes und des freistehenden Danzig stattgefunden. Im Saargebiet hat sich im Laufe der Jahre ein solcher Ueberdruck von Erbitterung angeammelt, daß selbst der hohe Völkerbundsrat nicht mehr die Erregung mit dem Mantel seiner internationalen Nächstenliebe zu bedecken mag. Ohne die geringste Möglichkeit politischer Willensbetätigung ist eine in jeder Beziehung hochentwickelte Bevölkerung, die ein wirtschaftlich bedeutendes Gebiet vertritt, einer Fremdherrschaft unterworfen, die nur ein Ziel kennt: die Verewaltung dieses ferndeutschen Landes im Hinblick auf die kommende Abstimmung. Aufgebaut ist dieses Gewaltregiment auf der von Clemenceau bei den Versailler Verhandlungen benutzten und gefälschten Adressensammlung. Ihren Gipfelpunkt hat das mit allen Mitteln arbeitende Verewaltungssystem in der bekannten, anlässlich der Streikbewegung erlassenen Maulkorbverordnung gefunden, die auch in veränderter Form unerträglich ist. Französischerseits hat man versucht, die Öffentlichkeit der Verhandlungen von vornherein zu überwinden. Die dann beschlossene „Freiheit der Ansprache“ ist durch eine vorübergehende Verewaltung zwischen den in der Hauptsache beteiligten Ententestaaten zu einer Fosse gemacht worden. Man hat die Saarregierung selbst vorgeladen, um wieder einmal mit ihrem allein maßgebenden Zeugnis den Protest des Saargebietes zum Schweigen zu bringen. Der Freistaat Danzig kränkt sich mit aller Kraft gegen die politischen Verewaltung, eine angebliche Warschauer Souveränität über diesem reindeutschen Gebiete aufzurichten. Danzig hat im Gegensatz zu den unmittelbar Polen zugesprochenen Städten seinen deutschen Charakter im Wesentlichen zum Kerger der Polen zu demahren gewohnt. Mit Schikanen der verschiedensten Art, mit Ausweisungen, Pöbelbesetzungen, Verewaltungsdiktaturen sucht nun der polnische Staat den Freistaat Danzig zu geistig zu machen, Polen steht auf dem Standpunkt, das alle

Deutsche Vorstellungen in London und Rom.

Die Botschafter in London und Rom haben Stellung erlassen, bei der Britischen und Italienischen Regierung wegen der unerträglichen Schwierigkeiten und schweren Gefahren die Reparationen zu erheben, die sich aus der von den Franzosen und Belgiern verhängten Grenzsperrung zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ergeben. Dabei wird namentlich betont, daß durch die Unterbindung jeder Verkehrs- und Handelsmöglichkeit die rheinischen Abgebirge an der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Funktionen verhindert worden sind, so wie daß der Reichstagsabgeordnete Klotz aus Duisburg unter Nichtachtung seiner Immunität sogar als Geisels genommen worden ist.

Ferner hat die Reichsregierung die Botschafter in London und Rom angewiesen, mit allem Nachdruck die Todesurteile zur Sprache zu bringen, die am 20. Juni vom französischen Kriegsgesicht in Mainz wegen angeblicher Eisenbahnsabotage gegen sieben Deutsche ergangen sind. Weitere geeignete Schritte sind auch an anderen Stellen unternommen worden, um die Vollziehung der Urteile zu verhüten.

Der Standpunkt der englischen Regierung.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Anfang dieser Woche werde Curzon dem Kabinett über seine am Freitag mit dem französischen, belgischen und italienischen Botschafter gepflogenen Unterredungen Bericht erstatten und das Kabinett werde in dieser oder einer der kommenden Sitzungen über die künftige Richtung der britischen Politik und über die Form, in der sie im Parlament und anderswo zum Ausdruck gebracht werden solle, Beschlüsse fassen. Als Curzon am Freitag dem französischen Botschafter seine Ueberraschung über das Ausbleiben einer schriftlichen Antwort und den unvollständigen Charakter der mündlichen Mitteilung zum Ausdruck brachte, habe der Botschafter den Wortlaut seiner Instruktion vorgelegt und bemerkt, er habe aus Paris weiter nichts erhalten. Der Berichterstatter fuhr fort, man könne Poincarés letzte Rede in gewissem Grade als eine Ergänzung seiner Instruktion an den Londoner Botschafter betrachten. Auf jeden Fall zeigten die Tatsachen, daß die bisherigen technischen Methoden des Gedanken-austausches zwischen den Regierungen unter den vorliegenden Umständen nicht ausreichten. Außerdem müßte man die dringende Notwendigkeit einer politischen und wirtschaftlichen Regelung in Erwägung ziehen. Deshalb sei man der Auffassung, daß andere direktere und offenere Methoden mindestens gleichzeitig mit den alten versucht werden sollten, damit die berechtigten Wünsche der öffentlichen Meinung Großbritanniens und der Welt nach Informationen über die Ziele und die Mittel der britischen Politik befriedigt würden. Die Minister seien stark beunruhigt worden durch den Erfolg, den die britische Initiative in Genf in der Saarfrage gezeigt habe. Es sei ein Beweis für den Wert der Öffentlichkeit bei Behandlung internationaler Streitfragen, die einen moralischen Charakter besitzen und darum allgemeines Interesse zu erregen geeignet seien.

Wenn infolge eines unglücklichen Sabotageaktes und ebenso grausamer Repressalien ein hieraus folgender Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin, Paris und Brüssel die Ausbreitung jetzt akut mache, werde die britische Regierung sich vielleicht genötigt sehen, sich durch ihren Vertreter im Völkerbundsrat auf den Art. XI zu berufen. Der Berichterstatter fuhr weiter aus, dem Kabinett würden unter diesen Umständen folgende Fragen zur Prüfung vorgelegt werden:

1. Wann und in welcher Form das deutsche Memorandum über die Reparationsfrage beantwortet werden soll.
2. Das Verfahren, durch welches Deutschlands Zahlungsfähigkeit durch eine internationale Sachverständigenkommission wissenschaftlich festgestellt werden soll.
3. Ob Sir Bradburn ermächtigt werden soll, von der Reparationskommission eine autoritative Auslegung des § 18 des Separatvertrages II des Versailler Vertrages über Sonderaktionen der Alliierten zu verlangen und ob im Falle einer Meinungsverschiedenheit in der Kommission diese Angelegenheit dem Weltgerichtshof im Haag zur Entscheidung unterbreitet werden soll.

diese Dinge „innere Angelegenheiten“ Polens seien. Der Völkerbundrat hat sich aus der für ihn peinlich werdenden Lage dadurch herausgezogen, daß er die Entscheidung an einen internationalen Gerichtshof überwiesen hat. Daß dieser Ausweg ein Zeichen von Stärke ist, kann nicht gerade behauptet werden. Den Minderheitsbeschwerden in Polen gegenüber hat der Völkerbund, sobald es an die Durchsetzung seiner Entscheidung kam, ebenfalls stets eine nicht gerade achtunggebende Rolle gespielt. Wie er sich zu dem neuerdings vorgebrachten erdrückenden Anlagematerial verhält, bleibt abzuwarten.

Zur Einigung in Lausanne.

In Lausanne. Die grundsätzliche Einigung zwischen den Alliierten und Türken wird, obgleich Einzelheiten über die Regelung der Konfessionsfragen, in der die Türken wesentliche Zugeständnisse machen, noch nicht feststehen, hier allgemein als bedeutender Erfolg der türkischen Delegation gewertet, der es in jähren Verhandlungen gelang, die lange hartnäckig von den Franzosen geforderte Befreiung der Goldzahlungen der Anleihekupons im Vertrage zu verhindern und auch die sofortige Räumung Konstantinopels nach Ratifizierung durch die Angoraverammlung durchzusetzen, also noch vor Ratifizierung durch andere Mächte und damit vor Inkrafttreten des Vertrages. Register Punkt, auf dessen Wichtigkeit wiederholt hingewiesen wurde, ist besonders bemerkenswert, wenn man sich der jüngeren Pläne erinnert, die eine Räumung erst nach Abschluß der Verhandlungen zwischen Angora und den Titelinhabern vorsahen. Das Ergebnis der heutigen Beratungen gilt auch deshalb als bedeutendsvoll, weil es die interalliierten Verhandlungen der letzten Zeit beleuchtet und zeigt, daß die französische Absicht die Türkei durch einen gemeinsamen alliierten ultimativen Schritt und weitere Belegung zum Einlenken zu bringen, nicht durchzusetzen war. Man weiß darauf hin, daß der englische und italienische Widerstand gegen derartige Maßnahmen und die damit verbundene Gefahr eines Abbruchs, so wie Griechenlands wiederholt verkündete Separatfriedenspläne, als wichtige Faktoren für die schließliche Raadgiebigkeit Frankreichs und damit für die heutige grundsätzliche Einigung eingeschätzt werden müssen.

Die Ausschüsse der Konferenz werden voranschrittlich am Mittwoch oder Donnerstag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzutreten und die wahrheitsgemäß bis dahin von den Sachverständigen ausgearbeiteten Vertragsentwürfe über die Kommissionsarbeiten grundsätzlich genehmigen. Das Sekretariat wird inzwischen, wie schon früher beabsichtigt, die russische Regierung auffordern, Vertreter zur Unterzeichnung des Abkommens zu entsenden. Der Vertrag wird gegenwärtig in Paris gedruckt. Die Unterzeichnung soll am

4. Ob der Weltgerichtshof aufgefordert werden soll, Art. 248 des Versailler Vertrages auszuliegen, wonach die Aktion des Deutschen Reiches den alliierten und assoziierten Regierungen verpönt ist.

5. Welche Forderungen an die Alliierten Englands unter gewissen Eventualitäten in Hinsicht auf die Bezahlung und Fundierung ihrer Schulden an England gerichtet werden sollten.

Was Punkt 2 betreffe, so sei es zweifelhaft, ob Frankreich einem solchen Plan überhaupt zustimmen werde. Am wenigsten Widerstand würde noch die Ernennung einer beratenden Körperlichkeit durch die Reparationskommission finden. In einer solchen Körperlichkeit könne dann ein Amerikaner den Vorschlag führen. In diesem Zusammenhang werde vielleicht auch vom Kabinett erörtert werden, ob ein dahingehender britischer Vorschlag mit dem weitergehenden beitr. alliierte Schulden (Punkt 4) in Zusammenhang gebracht werden solle. Zum dritten Punkt sei zu bemerken, daß von § 18 das gleiche gelte, wie von XI der Völkerbunds-satzung. Eine legale und autoritative Auslegung wäre vielleicht zweckmäßig beim französischen Einmarsch oder unmittelbar vorher verfaßt worden. Außer der Entscheidung des Obersten Rates vom März 1919 anlässlich der rumänischen Sonderaktion gegen Ungarn und der wichtigen Note Clemenceaus über diesen Punkt könne interessantes Beweismaterial für die Absichten der Urheber und Unterhändler des § 18 aus amerikanischen Archiven kommen, die an seiner Entdeckung mitgewirkt hätten. Abgesehen von diesen rechtlichen Erwägungen, die Poincaré sicher nicht gleichgültig sein könnten, könne Frankreich Großbritannien nicht das Recht absprechen, seine eigenen Interessen durch eine ebenso unabhängige Aktion, wie Frankreich zu vertreten. Artikel 248 des Versailler Vertrages werde vielleicht Bedeutung erhalten, falls ein Versuch Englands, seinen Anteil an den Reparationen durch ein Abkommen mit Deutschland zu erlangen, von französischer Seite durch Maßnahmen verhindert werden sollte, die dazu dienen, Deutschland jeder möglichen Einmischung zu berauben und es durch Ersetzung weiterer produktiver Fächer zu schwächen. Der Berichterstatter schließt, vor nicht langer Zeit hätten die amerikanischen, belgischen und britischen juristischen Berater der Reparationskommission die Ansicht ausgesprochen, daß Artikel 248 die gewaltsame Verewaltung deutschen Privatbesitzes nicht rechtfertige.

Der Temps über Englands Sonderaktion.

Zur Ruhrfrage behauptet der Pariser Temps, daß ein Bruch zwischen Frankreich und England im Interesse des Wohlergehens des englischen Volkes unbedenklich sei. Im übrigen erneuert das Blatt gewisse Anschuldigungen gegen England, um zu beweisen, daß es Deutschlands Forderung auf eine Intervention von einer nachgiebigeren Haltung abgehalten habe. Ganz besonders scharf wendet sich der Temps schließlich gegen die vom englischen Kabinett angenommene Idee einer Verewaltung internationaler Sachverhältnisse zur Festlegung der deutschen Zahlungsfähigkeit. Auf diese Weise würde der Versailler Vertrag zerrissen werden.

Rein Sondervorgehen Englands?

Der Londoner Korrespondent des „Temps“ freizet in energischer Weise, daß die englische Regierung sich zu einem Sondervorgehen Deutschland gegenüber entschlossen habe. Nichts, so schreibt das Blatt, liege dem englischen Kabinett fern. Wörtlich heißt es ferner: Die englische Regierung, mit Baldwin an der Spitze, hat die Einleitung der Reparationen im Auge und verfolgt das Ziel weit aufrichtiger und energischer als irgendein das Kabinett Lloyd George. Sie sieht in ihrem Entwurf eine lange Reihe von Jahren vor. Deutschland irre sich, wenn es von englischer Seite eine freundschaftliche Vermittelung erwarte.

17. und 18. Juli in der Aula der Lausanner Universität unter dem Vorsitz des schweizerischen Bundespräsidenten Scherer stattfinden. Es heißt, daß Lord Curzon und Garroni an dem Unterzeichnungsaft teilnehmen werden. Auf französischer Seite wird außer General Pellé voraussichtlich Bompard teilnehmen. In Anwesenheit der türkischen Delegation berichtet Genung über die erzielten Erfolge der türkischen Diplomatie.

Englands Zufriedenheit über den Lausanner Frieden.

Die Nachricht von dem Friedensschluß in Lausanne wird mit lebhafter Befriedigung von der britischen Presse verzeichnet. Man hofft, daß damit endlich ein langes und gefährliches Kapitel der osteuropäischen politischen Lage abschließt. Für ein günstiges Zusammenreffen hält man es, daß gleichzeitig die französische Kammer das Washingtoner Abkommen ratifiziert hat. Die Blätter erklären, die nächste Frage, die gestellt werden müsse, sei die Lage im Osten.

Die Pläne der Kleinen Entente.

Belgrad. In jugoslawischen politischen Kreisen ist man über die Gestaltung der internationalen Lage recht unzufrieden und erwartet von der in diesem Monat noch zusammentretenden Konferenz der Kleinen Entente in Sinait eine Besserung. Man will deshalb auf dieser Konferenz nicht nur die Probleme des Völkerbundes, die auf der Tagesordnung stehen, sondern auch alle aktuellen internationalen Fragen des Balkans und des Vorderasiens zu Italien erörtern. Man will außerdem, daß es bei dieser Erörterung nicht bleibt, sondern daß bestimmte Abmachungen getroffen werden. In Verbindung damit ist mitgeteilt, daß hier Nachrichten über das Erscheinen bulgarischer Banden an der jugoslawischen Grenze, sowie über angebliche Vorbereitungen eines falschlichen putsches in Stumbe verbreitet werden.

Das in Belgrad im Juli 1921 zwischen Rumänien und Jugoslawien abgeschlossene Defensiv-Bündnis gegen einen nicht herausgeforderten Angriff seitens Ungarns oder Bulgariens, ist am Sonnabend um drei Jahre erneuert worden. Es wurde in Budapest vom rumänischen Außenminister Duka und dem jugoslawischen Gesandten unterzeichnet. Der rumänische Außenminister erklärte in einem Telegramm nach Belgrad, daß dieses Bündnis eines der wichtigsten sei, welche die Grundlage der Kleinen Entente bilden.

Deutsche Geleise für belgische Züge.

50 Deutsche in jedem belgischen Zug.

Während die Belgier sich bisher mit vier Geleisen für jeden Zug begnügten, swinnen sie jetzt Tausende von Personen auf ihren Zügen mitzuführen; so wurden gestern 50 Deutsche stromaufwärts in einen Zug gebracht, den sie als Geleise begleiten mußten. Die Personen, die dazu bestimmt werden, müssen sich zwei Stunden vor Abfahrt des Zuges bei der belgischen Militärbehörde melden. — Die Meldung zeigt, daß die Belagungsstände nicht nur entschlossen sind, ihre feinerseit angekauften Drahnen voll durchzuführen, sondern daß sie auch in der Durchführung weit über das angekauftste Maß hinausgehen. Wenn sie nun in jedem ihrer Züge 50 Deutsche mitführen, so geschieht das aber vielleicht auch noch in der Absicht, eine starke Benutzung der Reglebahnen durch deutsches Publikum vorzutauschen.

Das Eisen- und Stahlwerk Doersch in Dortmund besetzt.

Das Eisen- und Stahlwerk Doersch wurde am Sonntag von den Franzosen mit großem militärischen Aufgebot besetzt. Einige leitende Beamte wurden verhaftet, sind aber wieder freigelassen worden. Durch die Besetzung ist namentlich auch die Kohlenzufuhr von Beche Kallert II unterbrochen; infolgedessen wird das Eisen- und Stahlwerk Doersch in absehbarer Zeit zum Stilllegen kommen.

Der Bahnhof Buer wieder freigegeben.

Nachdem die Franzosen schon vor längerer Zeit den Bahnhof Buer verlassen und seit einigen Tagen den Bahnhof Westerbolt geräumt haben, geben sie jetzt auch den Bahnhof Buer-Nord frei. Das französische Eisenbahnpersonal und die französischen Wachttruppen haben Buer bereits verlassen. Die Belagerung der Stadt besetzt jetzt nur noch aus Belgieren. Der stellvertretende Bürgermeister Stadtrat Jansen ist aufgefordert worden, sich gestern nach 2 Uhr auf dem Bahnhof Buer-Nord zur Übernahme des Eisenbahnverkehrs von Bahnhof Buer-Nord über Reddinghauwen-Ost unter Umgebung des von den Franzosen noch besetzten Reddinghauwen Hauptbahnhofs bis Lünen durchzuführen sein wird, was für die Heranschaffung von Lebensmitteln für die von einer argen Lebensmittellage bedrohten Städte von großer Wichtigkeit sein würde.

30 Milliarden Mark geraubt.

Der Kassierer eines größeren badischen Unternehmens war in Maximilianau in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in ein Fährboot gestiegen und hatte dabei dreißig Milliarden Mark, die er zur Auszahlung an die Beamten der Pfalz in Gewahrsam genommen hatte, in das Boot gelegt. Auf der pfälzischen Seite drangen französische Soldaten auf ihn ein und verhafteten ihn. Die dreißig Milliarden Mark wurden geraubt.

Die Urteilsbegründung im Fuchs-Wachhaus-Prozess.

München, 9. Juli. In dem Prozess Fuchs-Wachhaus wurde Fuchs wegen Verbrechen eines hochverräterischen Unternehmens zu 12 Jahren Zuchthaus, 2 Millionen Mark Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre verurteilt, vier Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet. Fuchs wurde wegen Beihilfe zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus, 30 Millionen Mark Geldstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren und Ausweisung aus dem Reichsgebiet verurteilt; sechs Wochen der Untersuchungshaft werden angerechnet. Berger, Rudolf Gutermann und Richard Gutermann wurden freigesprochen.

Der ganz ungewöhnliche Umfang der Urteilsbegründung im Hochverratsprozess Fuchs-Wachhaus und Genossen hat es mit sich gebracht, daß mit der Verlesung der Urteilsbegründung fast der ganze getrigge Tag ausgeschöpft wurde. Aus dem Urteil ist hervorzuheben, daß das Gericht den Angeklagten Fuchs als einen skrupellosen Hochverräter und Betrüger bezeichnet, wogegen der mit in dieser ganzen Verlesung verwickelte gemessene frühere Reichsrat Dr. Müller als ein fanatischer Separatist dargestellt wurde, der zum Hochverräter am deutschen Vaterlande geworden sei. Der durch Selbstmord geendete Angeklagte Wachhaus wird als verkommenes Eristens gekennzeichnet. Besonders bemerkenswert sind die Feststellungen des Urteils in Bezug auf den früheren bayerischen Kronprinzen Rupprecht. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß der frühere bayerische Kronprinz von der offiziellen Sendung des Reichs nichts gemerkt habe und daß er also an diesem Komplott keinerlei Schuld trägt. Die französische Regierung sei selbst zu der Überzeugung gekommen, daß die Person des Kronprinzen Rupprecht von Bayern überhaupt nicht in separatistische Fragen einbezogen werden könne. Besonders ausführlich beschäftigt sich die Urteilsbegründung mit der Person des französischen Major Widert, eines besonderen Vertrauensmannes des Ministerpräsidenten Poincaré, des Vorsitzenden des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, und des Generals Degoutte, des Leiters der Redaktion. Außer Widert waren in ganz Frankreich nur fünf Personen über den bayerischen Aufstand eingeweiht, darunter Poincaré und General Degoutte. Es handelt sich um ein hochverräterisches Vernichtungsgeschäft zwischen der französischen Regierung im zeitlichen Zusammenhang mit der Rubrikation. Die französische Rhein- und Ruhrarmee habe den Befehl gehabt, im Augenblick des bayerischen Aufstandes den Vormarsch von Frankfurt-Rain bis nach Hof anzutreten. Der Hauptschuldige an diesem Reichsverratungsgeschäft war somit der französische Imperialismus, vertreten durch die französische Regierung und ihren Ministerpräsidenten Poincaré.

Zudet freigesprochen.

Paris. Der wegen Hochverrat angeklagte Politiker und Journalist Zudet ist vom Pariser Schwurgericht nach einem halbtägigen Verhandlung, das drei Sitzungen in Anspruch nahm, freigesprochen worden. Die Geschworenen berieten nur wenige Minuten und erklärten den Angeklagten mit elf von zwölf Stimmen für unschuldig. Das Urteil wurde gestern kurz nach 5 Uhr nachmittags gefällt.

Lebensmittelkrawalle in Nowosibirsk bei Potsdam.

Zu ersten Lebensmittelunruhen kam es heute in Nowosibirsk. Schon in den ersten Stunden des Vormittags zogen Tausende von Männern und Frauen auf den Wochenmarkt, stürmten die Fleischläden und zwangen die Inhaber, das Fleisch billiger zu verkaufen. Unter dem Druck der Menge machten die Fleischler ihre Waren, die ursprünglich 40000 Mark das Pfund kosten sollten, für 10000 Mark abgeben. Um 12 Uhr wurde von Potsdam polizeiliche Hilfe erbeten. Bald darauf trafen zwei Hundertschaften ein und versuchten die Ruhe wiederherzustellen. Die Menge hingegen zog von Potsdam nach und setzte die Preise für alle Lebensmittel bedeutend herunter. Zu den gewalttätig vertriebenen Weibern lauden sich natürlich viele Käufer. So wurde die Lebensmittelhandlung Aristo

vollkommen ausverkauft. Das Geschäft mußte unter anderem die Butter mit 10000 Mark pro Pfund wahllos an alle Käufer abgeben.

Die die Telegramm-Union von ausländischer Seite erfüllt, ist nach den Überlegungen und Unruhen im Laufe des getriggen Tages die Ruhe in Nowosibirsk wiederhergestellt worden. Man sieht auch dem heutigen Tage mit geringer Beforsung entgegen. Die Schutzpolizei erhielt im Laufe des Nachmittags noch ausreichende Verstärkungen aus Potsdam. Vor der verfallenen Menge sprachen Führer der beiden Gewerkschaften. Sie wirkten beruhigend auf die Menge ein.

Befriedigung in Dantsig.

In der Entscheidung des Völkervertrages in Genu schreiben die Dantsiger Neuigkeiten Nachrichten: Die Entscheidung nimmt einen schweren Druck von der Freien Stadt, der in den letzten Wochen in außenpolitischer Beziehung auf ihr gelastet hatte. Es ist für ein Staatswesen unerträglich, die Grundlagen seiner Existenz angezweifelt zu sehen und nicht zu wissen, ob die Verträge, die seine Grundlage bilden, noch Rechtsgültigkeit haben oder nicht. Die behauerliche Schärfe im Verhältnis zwischen Polen und Dantsig dürfte jetzt durch die klare Entscheidung des Völkervertrages beseitigt sein. Der Appell des Völkervertrages an den Verhandlungswillen beider Parteien wird in Dantsig vollen Widerhall finden.

Das Rätselraten um Benesch.

Paris. Die Ankunft des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch hat sowohl in der französischen wie auch in der britischen Presse zu der Deutung veranlaßt, daß der tschechische Außenminister die Rolle eines Vermittlers im französisch-englischen Konflikt zu spielen haben werde. Von einer sehr eingeweihten Persönlichkeit, die gestern Gelegenheit hatte, mit Herrn Dr. Benesch in Fühlung zu treten, wird hier die Auffassung als unrichtig bezeichnet. Herr Dr. Benesch übernimmt kein Vermittleramt und würde mit einem solchen in dieser Richtung auch gar keinen Erfolg erzielen. Herr Dr. Benesch kam vielmehr nach Paris und London, weil er in der nächsten Zeit eine Zusammenkunft mit dem jugoslawischen und rumänischen Außenminister in Bukarest hat und weil er für diese Konferenz der kleinen Entente durch eine Aussprache mit den Führern der großen Entente vorbereitet sein möchte. Andererseits wird von dem Vertrauensmann darauf hingewiesen, daß in den Kreis der Unterredungen des Herrn Dr. Benesch in Paris und London auch die Frage der Reparationen falle und daß der tschechische Außenminister in der letzten Lage sei, sowohl in der englischen wie auch in der französischen Hauptstadt offene Aufnahme zu erwarten und dadurch eine hervorragende Rolle zwischen England und Frankreich zu spielen beabsichtigt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Dahlen in Mecklenburg-Strelitz. Bei der Landtagswahl am Sonntag erhielten die Deutschen 9, die Sozialdemokraten 7, die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 5, die Deutschvölkische Partei 3, die Deutsche Volkspartei 2 und die kleinen Landwirte einen Sitz.

Protest gegen die Zigarettensteuer. Die drei größten Verbände der Zigaretten- und Zigarrenindustrie haben beschlossen, am 2. August sämtliche Zigaretten- und Zigarrenläden in ganz Deutschland als Protest gegen die Zigarettensteuer zu schließen.

Verhandlungen über deutsch-russische Verträge. Wie mitgeteilt wird, stehen die Verhandlungen, die gegenwärtig in Berlin über einen deutsch-russischen Konsularvertrag stattfinden, unmittelbar vor ihrem Abschluß. Auch ein deutsch-russischer Getreidelieferungsvertrag hat die grundsätzliche Zustimmung beider Parteien gefunden. Die Verhandlungen über einen deutsch-russischen Handelsvertrag werden wahrscheinlich noch einige Monate in Anspruch nehmen. Vorverhandlungen zu dem Vertrag finden jetzt in Moskau statt.

Vor dem Ende des Berliner Metallarbeiterstreiks. Ueber die getriggen Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium im Streik der Berliner Metallindustrie wurde seit abends vom Reichsarbeitsministerium bekanntgegeben, daß eine Vereinbarung zwischen den Verhandlungskommissionen in sicherer Aussicht steht und eine baldige Beendigung des Ausstandes in Erwartung steht. Die Parteien werden ihre endgültige Stellungnahme zu dem Verhandlungsergebnis dem Reichsarbeitsministerium bis Dienstag abend mitteilen.

Parlamentsschluß in Prag. Eine Betrachtung Professor Spiegels. In einer Betrachtung über den Abschluß der Parlamentstagung erklärt der deutsche Senator Professor Spiegel in der „Bohemia“, daß die tschechische innere Politik zum großen Teile ihre Erfolge den deutschen Fehlern verdanke. Genau vor einem Jahre wurde der deutsche parlamentarische Verband zertrümmert, ohne daß der offensichtlich gerichtete Teil der Kampfgemeinschaft irgend einen Erfolg aufzuweisen hätte. Er spricht sich für einen Wiederausgleich der deutschen Parteien in der Tschechoslowakei aus.

Polen.

Grabski polnischer Gesandter in Prag. Wie verlautet, soll der polnische national-demokratische Führer Stanislaus Grabski, der Chefredakteur einer Lemberger Zeitung, zum polnischen Gesandten in Prag ernannt werden. Er gilt als ein Anhänger der Verständigungspolitik mit der Tschechoslowakei.

Bulgarien.

Keine Verlobung im bulgarisch-rumänischen Königshaus. Das bulgarische Pressebureau erklärt die Nachricht von der Verlobung des Königs Boris von Bulgarien mit der Prinzessin Diana von Rumänien als unrichtig.

Belgien.

Kommunistenprozess in Brüssel. Gestern begann vor dem Brabantischen Schwurgerichtshof ein Prozess gegen 15 Kommunisten, die Anfang des Jahres unter der Anschuldigung, die Staatsicherheit gefährdet zu haben, in Haft gesetzt wurden. Sie hatten anlässlich der Entsendung belgischer Truppenbestände ins Ruhrgebiet aufreizende Flugblätter an die Truppen verteilt. Es waren zahlreiche Verhaftungen seinerzeit vorgenommen worden. Man ist der Ansicht, daß dieser Prozess, der lebhaftes Interesse im Lande erregt, sich ziemlich in die Länge ziehen wird.

Frankreich.

Die rheinische Separatistenhererei. In der getriggen Diensttag-Ausgabe des „Matin“ wird der Ausbruch des Völkervertrages einer französisch-rheinischen Liga veröffentlicht. Der Ausbruch ist von preussenselbstlichen Feindern und Parteigängern für Frankreich. Deutlich wird behauptet, die Liga, die natürlich für die Schaffung eines unabhängigen Rheinlandes eintritt, arbeite für die Verhandlung und Frieden. Als Vorkmittel für die rheinische Selbstregierung wird schließlich die Ausgabe eines rheinischen Geldes gefordert, um die Rheinländer der Willere der Markttatroppe zu entziehen.

Rußland.

Die Registrierung von ausländischen Firmen in Rußland. Das Volkswirtschaftsamt für Außenhandel hat eine Instruktion erlassen, durch die die Operationen von Vertretungen ausländischer Firmen in Rußland geregelt werden. Auf Grund dieser Instruktion müssen diejenigen ausländischen Firmen, die Handelsoperationen in Rußland

vornehmen wollen oder beabsichtigen, Konten und Vertretungen in Rußland einzurichten, dem Volkswirtschaftsamt für Außenhandel eine entsprechende Mitteilung machen und angeben, welcher Art Operationen beabsichtigt sind. Die Erlaubnis des genannten Volkswirtschaftsamts wird auf ein bis zwei Jahre erteilt. Eine ausländische Firma, die diese Erlaubnis erhalten hat, ist verpflichtet, sich allen Befehlen des Volkswirtschaftsamts zu unterwerfen und haftet mit ihrem gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögen für ihre Tätigkeit.

Amerika.

Der deutsche Dampfer „Columbus“. Die Tribune meldet aus Washington aus amtlicher Quelle, daß der Antrag, den neuen deutschen Dampfer „Columbus“ im Austausch für einen Teil der in Verwaltung des Schiffahrtsamts befindlichen früheren deutschen Tonnage zu erwerben, wahrscheinlich in dieser Woche dem Komitee erneut zugehen wird. Die dahingehende Anregung der Regierung beim Schiffahrtsamt ist bereits vor einiger Zeit erfolgt, die Beratung über die Frage war aber verschoben worden. Nach Ansicht verschiedener Mitglieder des Schiffahrtsamts würde der „Columbus“ eine geeignete Ergänzung der nordatlantischen Flotte der Vereinigten Staaten bilden.

Keine Isolierung Amerikas. Der „Newport Herald“ erklärt, es sei irrig, von einer Isolierung Amerikas in der europäischen Angelegenheit zu sprechen. Seit Abschluß des Waffenstillstandes haben die Vereinigten Staaten mehr als 11 Milliarden Dollar in Europa, zu Wiederaufbauarbeiten, zur Unterstützung weniger gestützter Staaten, sowie für die Quäterspendungen verausgabt. Der genannte Betrag, so schreibt das Blatt, sei zur Hälfte von der Regierung durch Beteiligung aufgebracht worden, zur anderen Hälfte von den Einwohnern aufgebracht worden. Nach einer Berechnung seien in den Vereinigten Staaten jeder Mann, jede Frau und jedes Kind mit ungefähr 100 Dollar beteiligt.

England und Europa.

Aus den jüngsten Erörterungen der englischen Presse geht hervor, daß einer der Hauptgründe für die wachsende Ungebuld der maßgebenden Kreise in London gegenüber der Politik Poincarés in der Ruhr- und Reparationsfrage in der Wahrnehmung zu liegen ist, daß die Arbeitslosenfrage ernst anzusehen ist. Nach Beendigung des Weltkrieges gaben sich die englischen Imperialisten der Hoffnung hin, daß ein regeres Verkehr mit den Kolonien England rasch von den unheilvollen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen auf dem Festlande unabhängig machen würde, so daß es mit verhältnismäßiger Gleichgültigkeit einem fortschreitenden Verfall nicht des osteuropäischen, sondern des gesamten kontinental-europäischen Wirtschaftslandes zusehen könnte. Vor allem war man überzeugt, daß eine staatliche Begünstigung der Auswanderung nach den Kolonien zugleich den Arbeitsmarkt des Mutterlandes entlasten, wie der britischen Exportindustrie über See neue Absatzmöglichkeiten gewinnen werde. Theoretisch handelte es sich dabei um ein Problem von verhältnismäßiger Einfachheit. Das Mutterland verfügte für die Nachkriegsverhältnisse zunächst über eine viel zu große industrielle Reservearmee. Die Zahl der Arbeitslosen schwoll rasch höher an als je in Friedenszeiten. Die englischen Selbstverwaltungsstellen litten unter Menschenmangel; sie konnten aus Mangel an Menschenkräften ungeheure, noch unberührte natürliche Reichtümer nicht erschließen. Was konnte also, auf den ersten Blick, einfacher erscheinen, als daß das Mutterland seinen Menschenüberschuß den Kolonien zur Verfügung stellte? Das Mutterland hatte dabei jedenfalls nur zu gewinnen. Im Jahre 1913 kauften die Dominions mit einer weißen Bevölkerung von kaum fünfzehn Millionen für über neunzig Millionen Pfund Sterling englische Waren. Die Vereinigten Staaten mit einer siebenmal größeren Bevölkerung kauften nur für 30 Pfund Sterling. Mit anderen Worten: Ein Bewohner in den Dominions war für die Bevölkerung der britischen Insel zwanzigmal mehr wert als ein Angehöriger eines den Engländern so nahestehenden Volkes wie das der Vereinigten Staaten.

Aus solchen Erwägungen waren die verschiedenen Maßnahmen geboren, durch die die englische Regierung eine Massenwanderung nach den Kolonien und eine planmäßige Besiedlung unerschlossener Gebiete in den Dominions organisieren suchte. Sie gipfelten an dem im vorigen Jahre ausgedehnten Gesetz, wonach jährlich drei Millionen Pfund Sterling für solche Zwecke aus Staatsmitteln zur Verfügung stehen. In den dafür hauptsächlich in Betracht kommenden Dominions, in Kanada und Australien, ließ man dabei jedoch bald auf den hartnäckigsten Widerstand bei der anstehenden Bevölkerung. Ein in Breslau tagender Kongress der australischen Gewerkschaften faßte eine Resolution, wonach die „australische organisierte Arbeit“ sich jeder „unberechtigten“ Einwanderung widersetzen und von den Regierungen der australischen Staatenbundes verlangen, daß sie davon Abstand nehmen, mit der Londoner Regierung hinter dem Rücken der Arbeiterorganisationen Abmachungen über die Einwanderung zu treffen. Und in Kanada erklärte der frühere Minister Sir Clifford Eiston, einer der einflussreichsten kanadischen Politiker, die britische Regierung werde nie britische Farmer und Farmarbeiter unterhalten, ihre Heimat zu verlassen und soweit sie Leute unterhalte, die England verlassen, handle es sich um Elemente, die in Kanada niemals gut laden und niemals Erfolg als kanadische Farmer in den westlichen Provinzen haben könnten. Man war sich eben in den Kolonien längst darüber klar geworden, daß solche Leute, die die Kolonien am dringendsten brauchten, Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter im Mutterland am wenigsten zu entbehren seien und daß man für diejenigen, die man im Mutterlande am ehesten entbehren kann — soweit es sich dabei nicht überhaupt um nichtsnutzigen Gesindel handelt — solange keine Verwendung habe, als nicht die Auswanderung durch geeignete landwirtschaftliche Plomiers erweitert worden ist. Die Kolonien hatten schon vor dem Kriege durch Agenten fast alles für Ansetzungsarbeiten geeignete Menschenmaterial aus dem Mutterlande herausgepumpt. Die Art der Einwanderung, die man ihnen jetzt aufzudrängen wollte, mußte man sich verbiten.

Inzwischen hat sich für die englische Industrie auf den kolonialen Absatzmärkten, besonders in Kanada, die amerikanische Konkurrenz immer empfindlicher fühlbar gemacht. Der Versuch, sich wieder zur Höhe der einstigen glänzenden Produktion emporschwingen zu können, ist mißlungen und reumütig erbeden die gegenwärtigen Leiter der Geschäftslösung deshalb wieder ihr europäisches Herz, das sie unter den Verwühlungen mitteilen läßt, die die französischen Amokläufer im deutschen Wirtschaftssystem anrichten. Leider ist zu befürchten, daß die Ein- und Umkehr zu spät kommt und daß es weder der Londoner noch der Washingtoner Zauberkunst gelingen wird, die französischen Reserven geteilt zu bannen, die man selbst einst gerufen hat.

Kunst und Wissenschaft.

Dresdner Jenisch-Theater. Rajia, die Tänzerin, der neueste Operettenschlager Jean Gilberis, steht mit Emmy Kreuzer a. G. in der Titelrolle und der übrigen Premierenbesetzung bis auf weiteres auf dem Spielplan. Die Spieldauer des lustigen Werkes ist durch einige, nach der Erhaltung vorgenommene kleine Veränderungen soweit abgeteilt, daß die Vorstellungen trotz der verschiedenen Wiederholungen der Hauptnummern täglich ungefähr 10.30 Uhr ab Ende haben.